

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straße Nr. 12, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis: Einmalig für die erste halbe Jahrgang oder deren Hälfte 25 Pfennige, für den zweiten und dritten Jahrgang 15 Pfennige. Zusenden Sie die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der Expedition abgeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 231.

Donnerstag, den 4. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Bayern ein Industriestaat?

Wissenschaft und Technik sind eifrig beim Werk, Bayerns Industrie zu fördern, den Kohlenmangel zu beheben und die Bodenschätze zu heben. In den bayerischen Flüssen und Seen hat das Land Wasserkräfte, deren Nukleumbarmachung eine Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben mußte. Bekannt ist das große Projekt: Die Wasserkräfte des Walchen- und Kochelsees sowie der Isar in elektrische Energie zu verwandeln, wodurch rund 100,000 Pferdestärken zu gewinnen wären. In den Flußläufen Fränkischer Ebene, weitere 20,000 Pferdestärken: yet gemacht werden und auch in der Oberpfalz wäre die Ausbeute eine nicht geringe. Soweit die Untersuchungen jetzt reichen, könnten mindestens 130,000 Pferdestärken in elektrische Kraft überführt werden, eine Kraftmenge, die eine wertvolle Ergänzung unserer mechanischen Betriebskräfte bilden würde. Bayern verfügte im Jahre 1904 über 9124 bewegliche, 4253 unbewegliche Dampfmaschinen und 78 Schiffsdampfmaschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 381,351 Pferdestärken. Eine Vermehrung dieser Erzeugnisse um 130,000 Pferdestärken, die Industriellstellung elektrischer Motoren in diesem Umfang müßte naturgemäß eine außerordentliche Wirkung hervorrufen.

Die Staatsregierung hat im Landtag zugesagt, im Ministerium des Innern einen Beamten speziell mit der Prüfung der von Privattechnikern aufgeworfenen Probleme zu beauftragen, wobei der privaten Technik die Mitwirkung nicht verweigert sein soll. Die Möglichkeit, diese Projekte durchzuführen, wird nicht bestritten; technisch bietet das große Unternehmen keine erheblichen Schwierigkeiten. Die Frage ist nur, ob der erforderliche Kostenaufwand für das Unternehmen nicht so hoch wird, daß der elektrische Kraft die Konkurrenz mit der Kohle unzumutbar gemacht wird. Darüber sind sich die Gelehrten nicht einig. Detaillierte Kostenaufschläge werden erst bestimmte Schlüsse ermöglichen. Gelingt das Unternehmen, so wird zunächst die Eisenbahnverwaltung ihren Bedarf decken. Den elektrischen Betrieb bei den Eisenbahnen durchzuführen, ist die Absicht der Verkehrsverwaltung. Deshalb wird auch das Verkehrsministerium an dem Studium der Projekte teilnehmen. Selbst bei Elektrifizierung des gesamten bayerischen Bahnnetzes würden für die Industrie noch 70,000 bis 80,000 Pferdestärken übrig bleiben, die an Privatunternehmer verpachtet werden sollen.

Bei der Volksvertretung begegnet die Durchführung dieses Unternehmens erhebliche größere Sympathien als z. B. das große Kanalprojekt, dessen Verwirklichung einen Kostenaufwand von 230 Millionen Mark erfordern würde. Nur besteht die Gefahr, daß in einer übertrieben agrarfreundlichen Kammer großzügige Unternehmungen im Interesse der Industrie mit einem schweren Tribut an die Landwirtschaft belastet werden. Außer auf diese Projekte richtet sich die Aufmerksamkeit

in Fachkreisen auf die Eisenfunde in der Oberpfalz und die im Gange befindlichen Bohrungen in Oberfranken. Eisenhaltige Lager sind in Bayern reichlich vorhanden. Meist aber ist der Erzgehalt nicht so stark, daß sich eine Verhüttung lohnt. Bei dem gegenwärtigen Stande der Technik wird erhaltige Erde mit etwas über 33 Prozent Eisen noch verhüttet. Sinkt der Erzgehalt unter dieses Verhältnis, so wird nicht Eisen, sondern Oxid aus dem Material gewonnen. In diesem Falle verbleiben aber auch die Bodenschätze im Besitze des Grundbesitzers, weil es sich um Farbe handelt. Das ist der Grund weshalb mitunter der Hund als Eisen ausgegeben wird, während es sich in Wirklichkeit um Oxid handelt. Man sucht die Grundbesitzer zu täuschen, um diesen Grund und Boden leichter abzurufen zu können. Hat der Kapitalist diesen Zweck erreicht, dann verwandelt sich die Eisenlager in Farblager, er findet auch dabei seine Rechnung und hat den Vorteil, bei technischen Fortschritten, die eine bessere Ausbeute ermöglichen, immer noch das Material verhütten zu können. Aus diesem Grunde müssen die Nachrichten über Eisenerzfunde stets mit Vorsicht aufgenommen werden. Diese Berichte dienen nicht selten spekulativen Zwecken.

Während der vorigen Woche tagte in Nürnberg die Generalversammlung des Vereins der Bohrentechniker und die internationale Wanderversammlung der Bohringenieure. Der Vorsitzende, Prof. Debede-München machte unter anderem die Mitteilung, daß nach den Angaben des Direktors der bei Legernsee bohrenden holländischen Gesellschaft vor kurzem in einer Tiefe von 500 Meter am See, wie in einer Tiefe von 430 Meter in der Nähe von Au Erdöl in beträchtlichen Mengen gefunden wurde. Also auch Petroleum in Bayern. Daß in den Erdschichten am Legernsee Petroleum lagern könne, ist den Geologen nichts neues. Die Frage ist, ob Quantität und Qualität die Erschließung lohnen. Auch darüber können erst weitere Versuche Gewißheit bringen.

Einige Bemerkungen wären aber dem Referate des Herrn Professors Debede anzufügen. Er fand es „bedauerlich“, daß auch in Bayern, wie in Preußen, Sachsen, Thüringen und anderen Staaten in- und außerhalb des deutschen Reiches „der privaten Bohrtätigkeit auf die staatlich vorbehaltenen Mineralien bedeutende Schwierigkeiten gemacht werden.“ Der Vortragende beklagte, daß durch die von der Abgeordnetenversammlung beschlossene Aenderung des Berggesetzes „den Privatunternehmungen die Luft an Tiefbohrungen gründlich verleidet werden kann.“ Dem muß entgegengehalten werden, daß den Privatunternehmungen auf Grund der neuen Bestimmungen, wenn sie Gesetz werden sollten, nicht die geringsten Schwierigkeiten gemacht werden können. Kein Privatmann kann gehindert werden, zu schürfen oder zu bohren, im ganzen Lande, wo er etwas zu finden glaubt. Der Staat will sich nur das Recht sichern, wenn der Privatunternehmer fündig wird, ein Anschlußfeld in der gleichen Größe wie

der Privatunternehmer für die Gesamtheit in Anspruch zu nehmen. Das ist das Mindeste, was verlangt werden muß, wenn nicht in absehbarer Zeit die Grund- und Bodenschätze völlig in den Händen der Kapitalisten sein sollen. Die gänzliche Auslieferung des Volkes an die Großkapitalisten kann nur auf diese Weise verhindert werden, nur dadurch kann der Alleinherrschaft der Kapitalisten entgegen gewirkt werden. Professor Debedes Einwände gegen die bayerische Gesetzesänderung wären verständlich, wenn den Privatunternehmern Bohr- und Schürfberechtigungen wirklich erschwert wären. Das ist nicht der Fall. Jedem Privatunternehmer, der fündig wird, steht eine Feldgröße von 800 Hektar (8 Quadratkilometer) zur Ausbeute zur Verfügung. In keinem anderen Lande hat der Unternehmer Anspruch auf eine so große Feldgröße. Keines der im Betrieb stehenden Bergwerke hat nur annähernd bis jetzt das ihm zur Verfügung stehende Feld völlig auszunutzen vermocht und wir haben Steinkohlengruben und andere Bergwerksbetriebe, die schon länger als 100 Jahre im Gange sind. Was sollen denn noch diese Lamentationen.

Der geologischen Erforschung des Landes durch Privatunternehmer steht nicht das geringste Hindernis entgegen, die Interessen des Landes werden nicht gefährdet durch das Anschlußrecht des Staates, denn auch der Staat ist verpflichtet, abbaufähige Gruben oder erschöpfte Vorkommen innerhalb der gesetzlich bestimmten Zeit in Betrieb zu setzen. Uebrigens schieben wir auch dem Staat die Pflicht zu, sich an den Bohrungen lebhafter als bisher zu beteiligen. Damit ist auch der Anfang gemacht, durch Einsetzung höherer Summen in den Staatshaushalt für die Budgetperiode 1906:07. Richtig ist, daß bisher diese wichtige Staatsaufgabe in Bayern völlig vernachlässigt wurde. Die Verwaltung unserer staatlichen Berg- und Hüttenwerke befand sich unter der Oberleitung eines gänzlich unfähigen, alten verrotteten Bureaukraten, der seiner Aufgabe in keiner Richtung gewachsen war. Der jetzige Leiter dieser Staatsbetriebe hat schon einen frischeren Zug in die Verwaltung gebracht. Aufgabe der Volksvertretung ist es, diesem wichtigen Zweig der Staatsverwaltung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Monopolisierung der Bodenschätze wäre das einzig Vernünftige, bei einer weitblickenden rationalen Betriebsleitung könnten dem Volke große Erleichterungen gewährt werden. Dafür ist aber wieder die Regierung noch die Volksvertretung zu haben. Wiederholte Anträge der sozialdemokratischen Fraktion fanden glatte Ablehnung auf allen Seiten des Hauses. Es ist noch fraglich, ob die von der Kammer angenommene Aenderung des Berggesetzes, worauf wir oben Bezug genommen haben, die Zustimmung der Kammer der Reichsräte findet. Auch Professor Debede erwartet von der Reichsratskammer, wie die Herren „Großindustriellen und Bohrergesellschaften“, Erleichterungen für die Kapitalisten, das Land auszusaugen.

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

18) (Nachdruck verboten.)
Sie gab gar nicht acht auf das, was er sagte. Sie stand dicht vor dem Reisenden — der war ein großer hübscher Mann und hatte zu der großen hübschen Frau — und küßte sie auf die Lippen.
Was hatten die miteinander zu tun? Als wäre der Ehemann garnicht dabei, so ungerührt benahmen die sich! Immer dichter setzten sie die Köpfe zusammen.
„Zieh!“ Zitternd rief Püttchen ihren Namen hervor.
Der Reisende lächelte und Lucia nickte.
„Zwei! machste ein End!“ Püttchen schlug auf den Tisch, daß die Gläser klirrten.
„Sagen Sie doch nicht ungemühtlich!“ Der Reisende zwinkerte der jungen Frau zu und klopfte dem Erregten auf die Schulter. „Ich bitte Sie, Herr Püttchen, was ist denn da lange Ueberlegen? Ich will Ihnen gern entgegenkommen.“ Sie zählten mir jeden Monat einen Laler ob, das merken Sie gar nicht, in achtzehn Monaten sind wir quitt.“
„Na.“ Peter sah unerschrocken zu Boden, aber er bemerkte doch, wie die Zehn den Herrn zwifte.
„Wahrhaftig kein Geschäft!“ Ich will Ihnen noch mehr entgegenkommen — 's tut mir wahrhaftigen Gott leid, daß die junge Frau nicht das Plakier haben soll — den halben Monat, die fünfzehn Groschen will ich gar nicht von Ihnen haben. Nur acht Laler! Halb geschent! Menschenkind, setzen Sie doch nicht so sterckpfig! Wenn ich so'n hübsches Weibchen hätte — gelt, mein Kind?!“ Er kniff Lucia in die tiefgerötete Wangen.
Peter fühlte einen bitteren Geschmack auf der Zunge; das Blut wallte ihm so heiß auf Kopf, daß seine Augen unheimlich schauerten. Ein wildes Durcheinander wogte um ihn, durchschossen von feurigen Punkten. Und die feurigen Punkte fügten sich zu Buchstaben: „Geld! Geld!“ — Und aus allen Eden kretschte es: „Geld, Geld!“
Lucias erwartungsvolles Gesicht tauchte dicht vor ihm auf: „Gut, Püttchen, eweil lauffst?“
Sie lächelte ihn an; nun spielte sie mit seiner Hand und pufte ihn mit dem runden Ellbogen leicht in die Seite. „Püttchen!“ Taufend Bitten, tausend Bepredigungen lagen in dem einen Wort!
„Acht lumpige Laler! Sagen Sie doch nicht so ungemühtlich!“
„Gut meck der Deibel, Sie mit dem Geld!“ Peter

kaufte kaum mehr, was er sprach. „Neder uf Abschlohlung will ich net, mir sein kein Dampfenpaasch. Gär met dem Dred — wat loht be Welt, esch will se zaohlen!“
„Ich werde unserem Geschäftshaus Ordr geben, daß man Ihnen mit wendbarer Post per Nachnahme das Gewünschte zugehen läßt, Herr Püttchen!“
„Wohl, wohl!“, nickte Peter. Lucia hing an seinem Hals, ganz närrisch vor Freude.
„Es 't waahr, es 't aach wirklich waahr? Kriehn esch dat Kleidsche? O Püttchen, esch haon doch e su kleid!“
Das war's, worauf er gewartet hatte. Nun mit ihr allein sein, um sie hergen und brücken und sich betäuben an ihren Küßlen! Er wollte sie zur Air ziehn; willig wäre sie mit ihm gegangen, aber der Reisende vertrat ihnen den Weg.
„Das wäre!“, rief er, Sie dürfen mich nicht hier mausterejeenallein sitzen lassen, bei dem abischen Wetter, in diesem 'n Dredkneht! Gabe ich Ihnen dafür zu dem Kleid verholjen, schöne Zeh? Kommen Sie, Püttchen, wir trinken en Schöppchen!“ Er pfiff und sang:
„Dann sehen wir uns hin,
Wohl auf das Kanapee,
Und singen: Dreimal hoch
Das Kanapee!“
Das neueste vom Jahr, frisch importiert aus der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Ja, seit wie Siebzigt-Einundfiebzig hinter uns haben, haben wir Pfl getriegt. So was kennen Sie hier noch nicht, was?“
„Dat es schien!“ Zeh rief begierig die Augen auf.
„Sein es so gud, singen es' noch esch!“
Als er den Gesang wiederholte, summte sie mit; sie hatte ein gelehrtiges Ohr.
Und der Reisende gab Couplet auf Couplet zum besten, sie konnte sich gar nicht satt hören; ihre Augen tanzten förmlich, ihre Lippen bewegten sich, leis murmeln, wie beim Refranzieren.
Püttchen hatte den Arm um sie gelegt. Der Reisende hatte ihm eingeschaut, nun wurde auch er fibel.
Der Nachmittag ging schon in den Abend über; die frühe Dämmerung sah sich ins Fenster, noch früher als sonst durch den finstern, umgohenen Himmel und die regenwogere Luft.
Der Krumschneid brachte schon wieder eine Flasche und zwar nicht vom schlechtesten. Das war ein Wölke, der sich süßlich trank, aber der's in sich hatte; er ließ durch die Adern, wie prädelndes, fröhliches Leben.
„Spielen Sie auch Karten, Herr Püttchen?“ fragte der Reisende. Die hübsche Frau sang an, ihn zu langweilen; da er doch nicht mit ihr allein was machen konnte, so ließ er sie sitzen. „Sagen Sie mir, was Sie spielen?“

Peter dachte an seine paar Kupferpfennige. Versucht, wenn er jetzt Geld hätte! Die Eifeler spielten nicht gern mit ihm, sie schimpften ihn „Fauteler“, und wenn er gewann, gab's jedesmal „Prügelei“. Fatal, nun hatte er so schöne Gelegenheiten, seine Geschicklichkeit zu zeigen, und da mußte er nun sein Geld haben, nicht einmal den niedrigsten Einsatz! Geld, Geld —! Seine Augen funkelten.
Der Reisende warf einen Laler auf den Tisch. Als hätte er Püttchens Gedanken erraten, sagte er: „Ich pumpe Ihnen. Was spielen wir denn?“
„Sechsunfzig.“ „Gut, Wirtschaft, Karten! Nicht!“
Peter nickte; die verferteten, vom Schmutz der gewordenen Karten flogen durch seine Hände, als seien es Rosenblätter. Und dabei wendete er keinen Blick von dem Lalerhäuf auf dem Tisch, wie ein Magnet zog ihn das runde Silber an. Solcher Dinge brauchte er acht — nein, noch mehr, mehr! Er hatte das Hungerleben satt.
Unwillkürlich, fast wider Willen, streckten sich seine Finger aus; er nahm den Laler in die Hand und betrachtete ihn.
„So gut wie neu“, sagte der Reisende, und ganz echt. Unser Kassierer hat sich mal 'nen falschen anschnieren lassen; den haben wir ihm an die Kasse gemogelt — haha! Aber nun los; nu wollen wir sehn, wer mehr Glück in der Diebe hat — Sie oder ich!“ Er sah dreißig die junge Frau an und lachte.
Peter lachte auch; ein schlaues und zugleich grimmes Lächeln verzog seine Lippen.
Sie spielten. Den Reisenden amüsierte es, wie eifrig der arme Teufel bei der Sache war. Sollte man wohl einem hier aus dieser „juridisch-gelehrten, unfruchtbarsten Gegend“ so viel Gewandtheit zugetraut? Und Glück hatte der! Immer bekam er die besten Karten; er gewann.
Zeh sah dem Spiel zu, das heißt „Fingelt“ mit verflochtenen Augen drein, der ungewohnte Weingenuß hatte sie müde gemacht; sie lehnte sich hintenüber an die Wand. Püttchen bemerkte nicht, daß der Reisende unter'm Tisch ihr Spiel drückte. Sie ließ es sich gefallen, sie ritzte ihn näher. Ihr Kopf neigte sich immer mehr zur Seite bis er ihm an die Schulter sank. Sie hatte einen kleinen Kuss.
Draußen war es nachtblau. Regen klatzte an's Fenster, ein harter Wind hatte es gemacht und heulte mit wilder Stimme. Ungeheim ließ er gegen das Haus die Lüden klopfen, löte Kiesel dröhten sich krachend. Es war ein seltsames Weisen und Schagen, ein unheimliches Murren in der Nacht.
(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Ein preussischer Wahlrechtsprozess.

Aus Erfurt wird uns geschrieben: Der glänzende Wahlrechtskampf, den die Arbeiterschaft um die Erbringung des Allgemeinen, gleichen, freien und direkten Wahlrechts in Preussen und Sachsen geführt hat, gibt den im wahrsten Sinne des Wortes „politischen“ Prozess gegen die „Tribüne“ seine Bedeutung, die das gespannte Interesse der Arbeiterschaft verdient. Seine Vorgeschichte zeigt, wie politische Prozesse entstehen. Der Erfurter Staatsanwalt hatte gebeten, wegen eines Artikels, der in der „Tribüne“ am 20. Januar erschien, den damals verantwortlich zeichneten Redakteur Genossen v. Bojewsky in Anklagezustand versetzen zu dürfen. Das preussische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus lehnten die Strafverfolgung damals ab. Dagegen wandte sich nun der freikonservative Abgeordnete des Wahlkreises Schleusingen, Freiherr v. Grifa, indem er ausführte, daß sich das Abgeordnetenhaus voraussichtlich nach seinem Zusammentritt — er meinte nach den Ferien — wieder mit einem „gemeinen“ Artikel der sozialdemokratischen „Tribüne“ in Erfurt beschäftigen werde. „Ich habe in der Sitzung vom 13. Januar den Justizminister gebeten, die Staatsanwaltschaften auf eine strengere Anwendung der Gesetze gegenüber den sozialdemokratischen Ausschreitungen anzuweisen, und der Justizminister hat ja damals erklärt, daß ein derartiger Erlass unterwegs sei.“

Dazu hatte nun die Erfurter „Tribüne“ in einem Artikel die Tribüne und der preussische Landtag bemerkt, daß damit beabsichtigt würde, daß der Justizminister gerade in Erfurt sehr eifrige Untergebene gefunden habe. Sie übte sich durch die vornehme Bezeichnung des Freiherrn von Grifa „gemeiner Artikel“ geziert. Sie habe jenes Parlament ein „Haus der Schande und Schmach“ genannt, aber wolle sie nach dem Prinzip der Wahrheit verfahren, deshalb sperre man ihre Redakteure ein, was natürlich nicht hindern werde, daß man das hohe Haus auch ferner als das Bezeichneten werde, was es sei.

Für diesen Artikel hatte der Genosse Dornheim verantwortlich gezeichnet. Sollte auch für den Artikel in Nr. 125 vom 1. Juni „Hilf Staatsanwalt“ und also auch die Anklage erhalten.

Ein seltsames Zusammentreffen ist der Umstand, daß am 30. Mai die „Tribüne“ folgende „Mitteilung“ brachte: „In die Redaktion ist der Genosse Robert Dornheim aus Gersdorf eingetreten. Die dauernd gesteigerten Ansprüche an die Schlagfertigkeit der „Tribüne“... machen eine Erweiterung der redaktionellen Kräfte erforderlich.“ Wie notwendig dieser Zuwachs war, beweist der Umstand, daß er sich schon durch die erste Nummer, die er verantwortungsvoll zeichnete, für den Artikel „Hilf Staatsanwalt“ eine Anklage zuzog. Dieser Artikel mußte seine Betrachtungen an die Ablehnung der Genehmigung zur Strafverfolgung durch das preussische Abgeordnetenhaus an.

Wenn auch das Abgeordnetenhaus bisher an diesem Grundgesetz festgehalten habe, so ist das gewiß eine Regelwidrigkeit, denn es sei schon dafür gesorgt, daß dieser Grundgesetz nur für anständige Leute gelte. Es müßte sich dieses Parlament an die schärfsten Eingriffe in das Leben der Nation vorzunehmen. Es erkläre seine Legitimation für Null und Nichtig, aber es müßte brauche sie zu Räubereien an den kostbaren Gütern der Nation, an seinem geistigen Leben, seiner religiösen Freiheit. Es sei zu beweisen, daß solch entartetes Parlament schließlich auch noch das pervertierte Gefühl verpüre, seine eigene Schande an den Dränger des Gerichtssaales zu stellen und sich danach schme, an dem angenehmen Stuhl eines befriedigten persönlichen Nachgefühls. Die Unbrauchbarkeit des vom Freiherrn v. Grifa empfohlenen Mittels sei erprobt, es werde aber vor dem verdienten Satz und der verdienten Verachtung nicht schüchtern.

Für die beiden anderen unter Anklage stehenden Artikel „Ohne Scham“ vom 15. Mai und „Pflasterstein“ vom 24. Mai hatte ein anderer, der Genosse Louis Stange, als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. Bekanntlich verhandelte das preussische Abgeordnetenhaus am 12. Mai über den Wahlrechtsfall von Schöne Brodhufen. Nach der Veröffentlichung durch den „Vorwärts“ wurde nun der preussische Minister des Innern aufgefordert, sich über den Fall Schöne-Brodhufen zu äußern. Er schloß sich aber in allen Sprachen aus. Die Erfurter „Tribüne“ führte nun in dem Artikel „Ohne Scham“ aus, daß man hätte meinen sollen, alle Abgeordnete, die in der Öffentlichkeit als Ehrenmänner gelten wollen, hätten sich ihrer Enttarnung über das schmachvolle Ereignis Ausdruck zu geben und die Ehre des Vaterlandes vom Schmutz eines beamteten Verdrehertums zu säubern, daß aber von diesem Hause des Unrechtes für Ehre und Recht kein Satz zu erwarten sei.

Der Artikel „Pflasterstein“ handelt von der Schulvorlage. Gleich am Anfang des Artikels heißt es, daß das „berühmte Parlament“ diese Beratung der Schulvorlage begonnen und daß kein Parlament so schlechte Sitten habe.

So werden also zwei Redakteure der „Tribüne“ die Beleidigungen, die das preussische Abgeordnetenhaus in den vier Artikeln sieht, sühnen sollen. Mag dieser politische Prozess auslaufen wie er will. Nicht die Sozialdemokratie trägt auf der Anklagebank, sondern die Schande und die Schmach des Dreiklassenwahlrechts.

Wir erhalten sodann folgendes Telegramm: Der Strafprozess gegen die „Erfurter Tribüne“ wegen Beleidigung des preussischen Abgeordnetenhauses wurde nach dreitägiger Verhandlung verurteilt. Beschlossen wurde, die Abgeordneten Rassel, Friedrichs, Forst, sowie Arndt als Buzzen über die verurteilten Redaktionen zu bringen zum Schulamtstrafungsgericht zu laden.

Tippelstich auf Hossjag.

Der Geschäftsführer der Firma Tippelstich, Herr von Pöblich, befindet sich zur Zeit als Gast des deutschen Kaisers in Rom, und dem hohen Jagdvergnügen zu halben. Das ist jedenfalls eine sehr große Ehre, und aus Württemberg, die in öffentlichen Dingen besser bewandert sind als wir, erfahren wir sogar, daß eine solche Jagdgesellschaft eine ganz außerordentliche Auszeichnung sei, wie sie nur den Kaiserlichen und sonstigen Königen von sehr hohen Bedenken sein würde. Der größte Teil der preussischen Minister und deutschen Staatsbeamten ist höher einer solchen Ehre nicht gewürdigt worden, und selbst Herr v. Rheinbaben muß die ihm verliehene Jagdgesellschaft in weniger vornehmen Wäldern als den Romerjägern jagieren. Es denken alle Sachsen darauf hin, daß der glückliche Herr Pöblich u. Co. zur Zeit bei Berlin und am Hofe der Kaiserin in Rom zu sein.

Der deutsche Reichstagler Herr von Bülow verbringt — fern von Reich — die letzten Wochen seines Reichstagsurlaubes. Er hat natürlich natürlich, den Pöblich zu jagern, ist im Jagdgebiet in Rom zu sein, und natürlich kommt er nicht mehr zurück, ist

jagt er ihn. Es wäre nicht das erste Mal, daß auf der Hossjag ein Reichstagler zur Strecke gebracht würde. Dem Kaiserlichen Bülow mag es vielleicht recht unheimlich an Dorn gewesen sein, als er im „Vorwärts“ las, daß jetzt bei Hossjag mit militärischen S. G. Schossen von 8,88 Kaliber geschossen wird, denn gegen so hohe Kugeln bietet selbst eine „Nightingale“ keine ausreichende Deckung.

Gegen den Verdacht, ganz in den Zerstreungen des Hofes aufzugehen, ist Herr von Pöblich gefast; denn wenn für irgend einen, so gilt für ihn das Wort: „Erf ist das Geschäft und dann das Vergnügen.“ So weiß denn auch die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ unter der beruhigenden Epigramme: „Vorläufig keine Aenderung bezüglich der Grenzsperrung zu melden:

Gegenüber anders lautenden Andeutungen in der Presse wird uns mitgeteilt, daß zur Zeit keine Aenderung der geltenden Bestimmungen über den Grenzschutz gegen Viehschäden beabsichtigt oder geplant sei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fügt hinzu, daß die Landwirtschaft trotzdem auf der Hut sein müsse. Das scheint uns übertriebene Angstlichkeit zu sein, denn solange der Großschweinezüchter aus Dalmien oben auf ist, besteht keine „Gefahr“, daß die Schweinepreise heruntergehen könnten. Und Herr v. Pöblich ist oben auf und bleibt oben auf, zu unserer großen Freude, wie wir gerne glauben, Herr v. Pöblich werde nach allem, was vorgefallen sei, nicht mehr Minister bleiben. Aber besser ist besser — und wenn Herr Scherl nächstens die unermesslichen intimen Gruppenüber aus Romiaten bringt, wird er damit auch für illustriertes Agitationsmaterial zu den nächsten Wahlen gefordert haben.

Worterrichte am Grabe eines ermordeten Streikenden. Vor einigen Wochen wurde in Nürnberg ein braver Arbeiter, Fleischmann mit Namen, von einem Arbeitswilligen erschossen. Am Grabe des Ermordeten hielt der amtierende Geistliche eine Grabrede, die in ihren Hauptzügen ungefähr wie folgt lautet:

Eine ungeheure Zahl von Leidtragenden, die von den verschiedenartigsten Gefühlen besetzt sind, hat sich um das offene Grab versammelt. Ein jüdisches, heiliges Menschenleben ist jäh dahingerafft, ein Familienglück ist jäh zerstört worden durch ein Verbrechen, dessen Strafe ich selbst gewesen bin. Wir sind aber im Friedhofe versammelt und da wollen wir angesichts des Todes alle Gefühle nach Reue beiseite stellen. Wir wollen jetzt nicht fragen: Wer hat's getan, wer ist der Schuldige! Das überlassen wir dem Richter. Wenn das Gericht auch nicht immer richtig richtet, wenn auch manchmal Rechtsirrtümer vorkommen, so wissen wir doch, daß es einen Richter gibt, dessen Urteil ewig gilt. Sie alle, die Hunderte und Tausende, die Sie hierhergekommen sind, Ihre Teilnahme ist für die Witwe und für die Hinterbliebenen ein Trost, der nicht zu unterschätzen ist. Wir wissen alle, daß es einmal auf der Welt besser werden muß, alle Menschen streben danach, auch ich. Auch er wollte seine Lebenslage verbessern. — Der Geistliche weist dann auf den nach seiner Meinung kommenden Judentumskult im Jenseits hin und fährt dann fort: Aber alle haben wir die Pflicht, danach zu streben, daß es auch auf dieser Welt besser wird. Wir haben die Pflicht, sozialistisch zusammenzuhalten. Wer sich dagegen sträubt, der muß gestrichen werden aus der Liste der Erbsenen, der stellt sich außerhalb der menschlichen Gemeinschaft. Der traurige Fall wird vielleicht das Gute mit sich bringen, daß diejenigen, die die Macht haben, soweit entgegenkommen, damit Friede werde, wo heute der Ruf erschallt: Krieg! Wenn das eintritt, dann ist sein Blut nicht ganz umsonst geflossen. Der Grabredner gibt dann eine kleine Charakteristik des Verlebten. Er war ein braver Kollege, der sich stets selbstlos in den Dienst seiner Mitarbeiter stellte und dieser Selbstlosigkeit ist er auch zum Opfer gefallen. Seiner Familie war ein guter Vater, und in den letzten Wochen, wo es im Haushalt etwas knapp berging, hat er all sein Geld hergegeben, hat sich selbst mit der dürftigsten Kost begnügt, damit seinen Lieben nichts abgehe. Vor seinem Tode ließ er noch seiner Familie und allen Freunden und Kollegen die letzten Grüße übermitteln.

Diese Rede des Nürnberger Pfarrers sticht gewaltig ab gegen diejenigen anderer Pastoren. Diese können es nicht genug verurteilen, wenn sich Arbeiter erdreisten, vom Kapital etwas zu fordern und dazu etwa die Waffe des Streiks zu gebrauchen. Die Arbeiter sollen sich in Gehalt fassen und warten, bis ihnen die Brosamen von der Herren Tische zu fallen. Wir erinnern hierbei nur an die Auslassungen des Pastors Schindl gegenüber den Grimmitzschauer Textilarbeiterstreiks, welche sich gegenüber den obigen Pfarrworten wie Tag und Nacht abheben. In Preussen und Sachsen kommt der Klassenhaß am schärfsten zum Ausdruck, da können auch die Diener der Kirche sich nicht anders geben, als für das, was sie sind: Diener der herrschenden Klasse!

Arbeiten für die neue Reichstagsession. Die einzelnen Etats für 1907 sind jetzt im großen und ganzen aufgestellt worden und unterliegen der Prüfung des Reichstages. Der Etat für ein selbständiges Reichskolonialamt wird dem Reichstage ziemlich unverändert vorgelegt werden; besprechen wegen der Weiterführung der Eisenbahn Lübeck-Büch — Reemanshoop. Der Etat für die südwestafrikanische Expedition wird im wesentlichen wegen der Verminderung der Truppenzahl herabgesetzt werden. Der Etat für die ostasiatische Expedition erscheint nach Zurückziehung der chinesischen Besatzungsbrigade überhaupt nicht mehr. Die Bedürfnisse der noch in China hegenden Truppen werden aus anderen Etats gedeckt. Der Bundesrat wird sich Ende Oktober mit der Etatsberatung befassen.

Ueber eine angeblich neue Militärvorlage. Schmitzer nach immer Gerüchte. Nun will auch die „Frei. Zig.“ von kompetenter Seite gehört haben, daß die Reichsregierung die „Germania“ über die neue Militärvorlage jeder tatsächlichen Unterlage entbehre und daß das Berliner Zentrumstagen höher zur maßgebend sein könne. (1)

Ueber die Ursachen der Landflucht der Arbeiter teilt im Oktoberheft der „Deutschen Monatschrift“ eine Frau Elisabeth v. Derken Betrachtungen an und macht Hilfsvorschlge, die des allgemeinen Interesses nicht entbehren. Notarisch sind es meist die geistig regsamsten Landarbeiter, die nach der Stadt ziehen, und darum untersucht G. v. Derken die Frage, wie der ländliche Arbeitergeber diese geistig Regsamsten auf dem Lande festhalten könne. Ein Sichherausarbeiten kraft der eigenen Intelligenz gebe es im Landarbeiterstande nicht, es fehlten hier die gelehrten Arbeiter, die auf höherer Stufe den ungelerten Arbeiter entgegenstehen; die vermehrte Erfahrung, welche die Jahre mit sich bringen, nütze dem Landarbeiter nicht, weil die Jahre ihm auch seine Kraft nähmen, auf die alles ankomme: der alternde Landarbeiter ende, wie er angefangen, als Hossjnger. Wollte der ländliche Arbeitgeber sich die Strebsamen erhalten, so müsse er sie rechtzeitig herausfinden, ausbilden und anstellen. Er werde dann die Geeigneten in die höheren Posten der Schweitzer, Brenner, Hofverwalter, Inspektoren, vordrcken lassen und den Vorarbeitern, Vorrechnern, Viehfluteren einen möglichst hohen Grad der Verantwortlichkeit und Selbsttätigkeit gewähren. Freilich gehöre dazu eine jahrelange geduldige Vorarbeit. Diese mtste wesentlich erleichtert werden, wenn für die Landjugend die Fortbildungsschule obligatorisch ist. Selbstverständlich mtste sie den bürgerlichen Verhältnissen sich anpassen, nicht rein geistig gehalten sein, sondern durch praktische Kurse in Handfertigkeiten, Gartenpflege usw., für die Wrdchen durch Nh- und Kochschulen unmittelbar für den künftigen Beruf vorbereiten. Es würde auch noch ein anderes Ziel: die besten der Fortbildungsschule gingen zur Volkshochschule über, wie z. B. in Schleswig-Holstein bis zum nächsten Febr. — Jahre zwei eröffnet werden sollen. Damit sei auf einmal der Jugend ein festes, greifbares Ziel gesetzt, das sie vom dem unruhigen Streben in die Ferne ablenke und zur Anspannung der Kräfte ansporne. So werde die Ehrliche erwachen, die den Landarbeiter für den Vertrauensposten seines Berufes erst recht befähige. Wenn dann aus einer großen Familie auch nur einer unter den Augen des Seiner so emporkletterte, würden alle sich gehoben fühlen, würde die Liebe zum Landarbeiterberufe neu belebt.

Die Organisation der Landarbeiter sei der zweite Punkt, auf den die Aufmerksamkeit zu richten. Hier gelte es, der Sozialdemokratie zuzukommen, ein Bollwerk der Vaterlands- und Heimatliebe, der Selbsttätigkeit und Zufriedenheit aufzurichten. Dies wäre der entscheidende Schlag, der den Sieg des Zukunftsringens von vornherein unserer Seite sicherte. Aber, meint die Verfasserin: „Es kann auch anders kommen. Die Geschichte der baltischen Provinzen redet zu uns Landbesitzern eine ernste Sprache. Wir lnken ihr ergreifen, und was uns darin zur Mahnung und Lehre dienen kann, das wollen wir beherzigen und in Taten umzusetzen suchen.“

Zu den Taten wird es wohl nicht oder nur vereinzelt kommen. Das Herausheben der Regsamsten aus der Masse der Landarbeiter tut es allein nicht. Aber wenn es möglich wäre, so wären die „Gehobenen“ nicht einmal alle unterzubringen. Die Methode würde nur eine Zuchtschule für Stärker werden. Die Masse würde dabei nichts gewinnen, um deren allgemeine Hebung es sich handeln muß, wenn die Landflucht beschränkt werden soll. Das kostet aber Geld, das die Herren Grundbesitzer nicht aufwenden wollen. Und nun gar die Organisation. Der Gedanke, darin der Sozialdemokratie zuzukommen, ist sehr schön, nur ausgeführt werden wird er nicht. Die Herren Junker und sonstigen Agrarier lassen alles, was Organisation für ihre Arbeiter heißt, die Geschichte der christlichen Gewerkschaften zeigt ihnen, das auch die ursprünglich als Strkhde gegen die Sozialdemokratie gedachten Organisationen durch die Logik der Tatsachen gezwungen werden, schließlich mit Forderungen zu kommen, die denen der sozialdemokratischen Gewerkschaften sehr ähnlich sind. Mit dem Bollwerk der Vaterlandsliebe würde es auch bei den Landarbeiterorganisationen nichts werden. Und deshalb werden die Agrarier wohl die Hände davon lassen.

Die Kulturaufgaben leiden nicht! Dieser schöne Satz, der auf Preussen gemünzt ist, findet eine bezeichnende Illustration, wenn man den Zustand der Schulverhältnisse im Osten der Monarchie ins Auge fat. Im gesamten preussischen Staat kommen auf eine Lehrkraft durchschnittlich 69 Schüler! Dies Verhältnis ist an sich schon schlimm, aber in den drei Provinzen mit starker polnischer Bevölkerung ist es noch unglücklicher, denn in Westpreussen kommen 66, in Schlesien 70 und in der ostpreussischen Provinz gar 74 Schüler im Durchschnitt auf einen Lehrer; in sehr vielen Fällen wird diese Zahl jedoch, wie schon häufig mitgeteilt worden ist, erheblich überschritten. Auch hinsichtlich der Aufwendungen, die auf den Kopf des einzelnen Schülers in den öffentlichen Volksschulen kommen, weist die Statistik die niedrigsten, also unglücklichsten Differenz auf. Durchschnittlich kostet im preussischen Staat der einzelne Schüler 48 Mark, in Schlesien kommen aber auf den Kopf nur 39 Mark, in Westpreussen 38 und in Posen nur 35 Mark, ungefähr ein Drittel soviel, wie Berlin auswendet (95 M.). In der Reichshauptstadt kommen im Durchschnitt 47 Schüler auf die Lehrkraft, in Posen wie erwhnt 74. In Anbetracht der Sprachschwierigkeiten, mit denen die Lehrer in der Ostmark zu kämpfen haben, mtste das Verhältnis zu Berlin eher umgekehrt sein. Nun hat der Kultusminister eine Anzahl neuer Lehrerbildungsanstalten im Osten errichtet. Allein wieviel Eltern werden heute noch ihre Söhne dem Volksschullehrerberuf zuführen, nachdem festgestellt ist, das namentlich die Landlehrer bei der ihnen zu teil werdenden schlechten Bezahlung aus Not und Sorgen nicht heranzukommen?

Der Reichstagswahlkampf im Wahlkreis Ostpreußen
 Waldheim hat jetzt auch der Vorstand des Liberalen Landesverbandes im Ostpreußen, der auf dem Boden der freisinnigen Vereinigung steht, Stellung genommen. Er begehrt es, daß die freisinnige Volkspartei gegen Professor Gasse mit einer eigenen Kandidatur hervortreten ist und fordert seine Anhänger auf, geschlossen für den freisinnigen Kandidaten Lehmann von Dresden einzutreten.

Wie bekannt, handelt es sich um einen Preis, der unserem verstorbenen Genossen Grünberg gebührt. Unser Kandidat ist nunmehr Genosse Pinkau, Photograph in Leipzig. Wir hoffen, den Preis wieder zu erobern, jedenfalls sind alle Vorbereitungen auf das Beste getroffen.

Mannheimer Nachlässe. Gemäßregel wurde wegen Besuchs des sozialdemokratischen Parteitags ein Arbeiter der Fabrik Gallus in Mannheim. Dieser tolerante Maschinenfabrikant ist Mitglied des Reichsverbandes zur Verfechtung der Sozialdemokratie. Das sagt doch alles.

Herr Stoedter auf der Geldsuche. Herr Hofprediger a. D. Adolf Stoedter erklärt in der „Staatsb.-Zeitung“ und deren Zwillingschwester „Das Reich“ folgenden, in seiner Eigenart direkt zum Spott herausfordernden fulminanten Aufsatz:

60 000 Mark!
 Diese Summe wage ich, von Freunden und Gönnern, welche die Größe der sozialen Gefahr kennen, zu erbitten. Ich bedarf ihrer in einer Sache, die gegenwärtig allen anderen vorangeht. Besonders denke ich an reiche kinderlose Leute, für die es ein geringes ist, 60,000 Mark zusammenzubringen. Später wird über die Verwendung Mitteilung gemacht werden; jetzt ist das noch unmöglich.

Die Lage der sozialen Welt ist bedrohlich genug. Sogar als Vorständer des roten Parteitags verachtet seine Genossen der bewundernden Sympathie für die mit Witz und Mut, Feind und Feindin bekämpfende russische Revolution. — Trotzdem ist das deutsche Bürgerturn, in dem die sozialdemokratischen Buchdruckerverband auszuatmen und sozialen Selbstmord zu begehen. Dies geschieht, obwohl die sozialdemokratische Bewegung zurückgeht und die christliche Arbeiterbewegung wächst. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung kann regieren, wenn sie klar und kraftvoll fortgeschritten.

So steht es im deutschen Vaterlande aus. In diesem Zusammenhange erblicke ich die 60,000 Mark. Manche Freunde haben ebenso wie ich selbst große Opfer gebracht. Aber wir vermögen nicht alles allein zu tragen. Darum rufen wir freigelegte, edle Männer und Frauen zu Hilfe. Hilfe ist notwendig; aber wenn sie selbst nicht die Gefahr nicht unbesiegt. In dem allen überwinden wir weit um deswillen, der uns geliebt hat. Im voraus dankend
 Berlin SW., Abttagstraße 48 b.
 Adolf Stoedter,
 Mitglied des Reichstags.

Ausland.

Elementar über Frankreichs Zukunft. Der französische Minister des Inneren Clemenceau erklärte einer in Carlsruhe vor Donno gehaltenen Rede, er wolle eine Entzweiung aller Republikaner herbeiführen, um das soziale Werk der Revolution zu vollenden, das sei: Friede nach außen in Unabhängigkeit und Würde, Friede im Innern unter Garantie des Rechtes eines jeden, Friede und Wohlwollen allen Menschen. Er wolle das Mißverhältnis zerstreuen, das heute wie zu den Zeiten der Chouans die Franzosen trennt, das den in der Revolution Machenschaften der Kirche, die der Reaktion gegen die Republik als Wankbiene. Das Trennungsgesetz, das aus der Notwendigkeit hervorgeht, die Gewissensfreiheit herzustellen, sei durch eine Kommission fremder Prälaten zurückgewiesen worden im Gegensatz zu der fast einstimmigen Ansicht des französischen Clerus. Die Kirche stehe es vor, gegenüber dem Liberalismus der französischen Republik zu fröhlich und zurückgefallen wieder aufleben zu lassen, während sie sich gleichzeitig den deutschen Parteien unterwerfe. Die französische Regierung werde aber nicht zurückweichen und keinen Eingriff in ihre Gesetzgebung dulden. Die Rede des Ministers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eine Revision des Fabrikgesetzes. Im nächsten Frühjahr soll eine Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes stattfinden, wobei man folgende Bedingungen zu erreichen hofft: Einschränkung des Sonntagsarbeitens, für gesundheitsgefährliche Betriebe des Sonntagsarbeitens; teilweise Auszahlung des Lohnes an Arbeiterinnen, während der 8 Wochen, die sie schon heute nicht arbeiten dürfen; Einschränkung von Kindern nicht nur erst mit Erreichung des 14. Jahres, sondern nur nach vollendetem Schulbesuch; Einführung der 8 oder 14 tägigen Lohnzahlung; Abschaffung von Naturalleistungen an Stelle des Lohnes; Festsetzung des Minimalstundenlohnes und des Ueberzahllohnes; Gewährung des freien Samstagsnachmittags und der Arbeitstagen. Ob freilich die Bourgeoisie diesen Forderungen ihre Zustimmung geben wird, ist noch abzuharren.

Ein imponantes Schauspiel. In Triest (Italien) hatten die Unternehmer an allen Straßenenden Bettel aufschlagen lassen, in denen sie behaupteten, daß die Behörden das Recht der Arbeiter kennen und auf deren Seite stehen werden und daß auch die Unternehmer unterhandeln wollen, sobald die Arbeiter

besser hätten unterzeichnet. Der gewöhnlichen Stunde erlöste auch die Fabrik, die wohl lieblich lachen sollte. Aber die Herren hatten sich getäuscht. In blichten Massen standen die Arbeiter beisammen und es rührte sich keine Seele, um dem Kasse folgen zu lassen, der ihnen wie Hohn erschien. Die Leute, die denen schon der Hunger eingeleitet ist, veranfaßten nun eine Demonstration und zogen mit wehenden Fahnen in musterhafter Ordnung vor die Fabrik, in der noch acht Leute arbeiten. Da drangen sie in den Hof; Streikbrecher, Verräter, aus, der mächtig durch die Straßen hätte und zogen dann ebenso ruhig und geordnet, wie sie gekommen waren, in die Stadt zurück. Schulleute in Triest wurden in die Wohnungen der Arbeiter geschickt, um sie zu überreden, aber es war alles umsonst. Die ganze Arbeiterbewegung in die Fabriken zurückzuführen. Die bedeutendsten Fabrikbesitzer erklärten sich für föhlerisch, Genosse Leves hat sich auch schon nach Triest begeben; in den letzten Tagen kommt auch Turati hin und die beiden werden versuchen, den Mut der Streikenden so viel wie möglich frisch zu erhalten.

Die Lokation der englischen Eisenbahnen. Die Bewegung der Eisenbahngestellten in England zieht immer weitere Kreise, sie ist durch das *South Eastern Railway* zu *Straiton* noch akuter geworden. Es ist auch Zeit, daß die Bahnbeamten, die einen so außerordentlich schweren Dienst haben, sich endlich einmal für ihre Rechte wehren. Es wurde festgestellt, daß in England durchschnittlich pro Woche 10 Angestellte getötet und 250 mehr oder weniger schwer verletzt werden; unter den Verletzten kommt ein Toter auf 260 und ein Verwundeter auf 17 Mann pro Jahr. Dennoch liegt die Ursache zu der Bewegung nicht in der Ungerechtigkeit der Arbeiter, sondern in allgemeinen sozialen Verhältnissen. Der Güterverkehr in England hat so enorm zugenommen, daß man um ihn bewältigen zu können, 2500 Lokomotiven des alten Systems mehr hätte schaffen müssen. Das hätte gleichzeitig die Erhöhung des Personals um 10,000 Mann bedingt. Nun werden aber die Güter, die seit 1900 um 36 Millionen Tonnen zugenommen, mit 1200 Maschinen weniger befördert, als früher, da man leistungsfähigere Lokomotiven verwendet; für die Unternehmer bedeutet das natürlich eine Ersparnis an Personal, für das Personal aber eine Ueberanstrengung, die die Sicherheit der Angestellten und des Publikums ernsthaft gefährdet. Bei den englischen Eisenbahnen sind ungefähr 600,000 Mann angestellt, die mit den dazu gehörigen Familien zwischen 2 und 8 Millionen der englischen Bevölkerung ausmachen. Es wäre daher nur eine Frage der Billigkeit, daß man ihnen ermöglichte, ihren Standart of Life zu erhöhen.

Kleine politische Nachrichten.

Auch der Bierpreis in Olmütz ist zu Ende. Brauer, Wirte und der Konsumenten haben sich auf folgenden Vorschlag geeinigt: Die Brauer ermäßigen den Ausschlag auf den Bierpreis von den ursprünglich verlangten 2 resp. 1 Mk. auf 1 Mk. bez. 60 Pf. Die Wirte erklären, weiter in Fünftel- und Viertelfuß zu schärfen. Für die Konsumenten ist der Ausschlag selbst und kostet das Fünftel-Bier wie bisher 8 Pf. Für Doppel-Bier wird auf den bisherigen Preis für Fünftel-Bier ein Fünftel Ausschlag erhoben. — Die Konsumenten sind also hier um eine Preisermäßigung nicht herumgelommen. — Wie das „N. T.“ erzählt, wird das sogenannte Wein-Parlament am 8. November in Berlin aufzusammeln. Die Dauer der Konferenz ist auf drei Tage berechnet. — Im Ministerium zu Washington wurde die kubanische Frage eingehend erörtert. Es steht an maßgebender Stelle, daß Fall, welcher Cuba in der nächsten Woche verläßt, durch den Gouverneur der Philippinen, Sol, oder durch den Gouverneur der Mexikanischen Zone am Panamakanal, Wagon, ersetzt werden wird.

Mercur-Kalender.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat.
 Neue Graupenstraße 5, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 2141, werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellzettel auf die „Volkswacht“ zu haben.

Rechtsanwältin können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden
Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 3. Oktober:
 Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Abends 8 Uhr, im großen Saal.

Arbeiter-Maschinen-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 4. Oktober:
 Maler-Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.
 Tapezierer-Verein. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 3 u. 4.
 Arbeiter-Abstinenzbund. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 5.

Freitag, den 5. Oktober:
 Töpfer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Sonntag, den 6. Oktober:
 Tabacierer-Frankensasse (Hamburg). Zahl- und Aufnahme-Abend, parterre links.

Sonntag, den 7. Oktober:
 Steinseker. Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Freie Turner-Gesellschaft. Abends 6 1/2 Uhr: Quartals-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Maschinen- und Geizer (Nat. Betriebe). Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Dienstag, den 8. Oktober:
 Bauernschüler. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 3 u. 4.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
 Distrikt 3 (Gräßhener Vorstadt).
 Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bezirksführer und sämtlicher Mitglieder im Distriktslokale, Gräßhenerstraße 44. Karten-Ausgabe zur Stadtverordnetenwahl.

Bezirk 1, 2, 3-11. Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahlabend. Wahl eines Bezirksführers.
 Bezirk 16, 17 u. 18. Die für Dienstag angelegte Zusammenkunft fiel wegen der Volksversammlungen aus; die Genossen werden ersucht, daß sie Mittwoch Abends Gräßhenerstraße 44 zu erscheinen.

Distrikt 6 (Hörselweg).
 Donnerstag, den 4. Oktober: Zusammenkunft Hörselwegstraße Nr. 19. Ausgabe der Hauslisten.

Distrikt 6 (Nikolaitor).
 Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im Lokale C. Wichtige Besprechung über die Stadtverordnetenwahlen.

Distrikt 8 (Oberstr.)
 Sonntag, den 7. Oktober, früh 8 Uhr: Stadtverordnetenwahl-Agitation. Jeder Genosse hat sich im Distriktslokale Mehlgasse 62 einzufinden.

Distrikt 15 (Oblauer Tor).
 Freitag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Lokale. Besprechung über die Stadtverordnetenwahlen. Abrechnung der Bezirksführer.

Distrikt 16 (Strehlener Tor).
 Freitag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Vertrauensleute (Hilfsleiter) im Distriktslokale. Jeder Bezirksführer ist verpflichtet, anzuweisen zu sein; es handelt sich um wichtige Vorarbeiten zur Stadtverordnetenwahl. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bezirk 7 und 7a. Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokale.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).
 Freitag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Bezirksführer und Vertrauensleute. Besprechung der Stadtverordnetenwahl und Abrechnung. Kontostücker und Kontrollanten sind mitzubringen.

Bezirk 6 u. 8. Sonntags, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokale.

Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostseite).
 Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 6 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung.

Sonntag, den 7. Oktober, früh vor 7 Uhr ab: Volkswacht-Agitation vom Distriktslokale Kleine Großenstraße aus.

Distrikt 19 (Innere Stadt, Westseite).
 Freitag, den 5. Oktober: Zusammenkunft aller Mitglieder und Bezirksführer. Wahl eines stellvertretenden Distriktsführer und Besprechung der Flugblattverbreitung.

Bezirk Rosenthal.
 Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr findet für alle organisierten Arbeiter eine Besprechung im Lokale der Frau Bödel in Rosenthal statt.

Sand-Distrikt 2 (Stabelwitz, Herrnhut und Markwitz).
 Bezirk Deutsch-Billa und Stabelwitz. Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft. Abrechnung von Marken im bestimmten Lokale.

Sand-Distrikt 3 (Bezirk Groß-Mochberg).
 Zusammenkunft der Mitglieder am Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr im bestimmten Lokale. Jahrtag.

Sand-Distrikt 4.
 Bezirk Voß Gräßhener. Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Jahrtag bei Kumpich.

Sand-Distrikt 7.
 Mittwoch, den 3. Oktober: Distriktszusammenkunft bei Pohl in Kottbischam.

Sand-Distrikt 8.
 Mittwoch, den 3. Oktober: Zusammenkunft der Mitglieder in Friedewald.

Ostpr. Sozialdemokratischer Wahlverein Ostpr. Kreis-Bezirk. Sonntags, den 8. Oktober, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof zur Stadt Delitz. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der Bezirksführer. 3. Verschiedenes. Die Bezirksführer werden besonders eingeladen. Mitbringen der Mitgliedsbücher. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Ostpr. Verband der Maurer. Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Schmidt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Schmiedeburg. Öffentliche Kreisläufer-Versammlung Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 8 Uhr, im Gasthof goldener Schlüssel. Referent: Schlicht-Breslau.

Kattowitz. Das Arbeiter-Sekretariat ist vom 1. Oktober ab geöffnet von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends. Freitag- und Sonntag-Nachmittags ist das Sekretariat geschlossen.

Jahrg. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Freitag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachm. und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends statt.

Verantwortlicher Redaktions-Bureau: Theodor W. H. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/a. — Verlag von Oskar Schlegel. — Druck von Th. Schatzky & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ptergen 2 Bellagen.

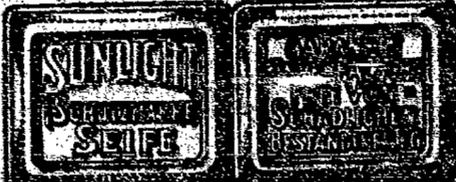
Aus der Geschäftswelt.

Uhrengeschäft Max Freugel. Welche Erzeugnisse die Menschheit auf dem Gebiete der Uhrenindustrie zu verzeichnen hat, ersticht man, wenn man die prachtvollen Ansätze in dem Schaufenster des Uhren- und Goldwaren-Geschäfts von Max Freugel, hier, Friedrich-Wilhelmstraße 89, in Augenschein nimmt. Prachtvolle Zeitmesser zu Preisen, worüber man kaum, stehen dort zum Verkauf, denn die Preise sind, von ersten Silber, auf jedem Stille verzeichnet. Da der Inhaber des Geschäfts, Herr Max Freugel, tüchtiger Fachmann ist, so werden dieselben auch alle Reparaturen zu vollkommenen Bedingungen ausgeführt. Das Geschäft ist daher in jeder Beziehung zu empfehlen.



Sunlight Seife

Von größter Reinheit und Frische und köstlichem Aroma ist die Sunlight Seife alle verwendet worden ist. Man soll jedoch Baby-Wäsche mit dieser Seife waschen. Schmutz und Kruste lassen verursachen auf der Haut empfindlichen Hautentzündungen. Welche unmittelbar auf dem Körper getragen werden, sollen nur bei dieser positiv reinen, neutralen Seife gewaschen werden. Sunlight Seife ist eine solche Seife. Ihre Verwendung im Haushalt zu allen Zwecken, für die Wäsche wie auch für die körperliche Reinigung, kann mit größtem Nutzen empfohlen werden. Sunlight Seife.



Stadt-Theater.

Wittwoch:
„Maria Magdalene“.
Donnerstag:
Anfang 7 Uhr:
„Eisfried“.
Freitag:
Gastspiel
Eva von der Oren:
Das Mädchen des Eremiten.

Lobe-Theater.

Wittwoch:
„Der Zigeunerbaron“.
Donnerstag:
„Sherlock Holmes“.
Freitag:
„Orpheus in der Unterwelt“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Wittwoch
Gruppe A, 4. Vorstellung:
„Die Tyrannei der Tränen“.
Freitag
Gruppe B, 4. Vorstellung:
„Die Tyrannei der Tränen“.

Liebich's Etabl.
Telephon 1646.
Gänzlich neues
Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Stimmenauer Garten).
Neues Programm.

12
Attraktionen.
Bis an Wochentagen gültig.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zeltgarten.

Dir. H. Krausnik.
Neues
Sensations-Programm.
Steiner
die brillante
Humorist.
Mlle. Hedwig, Elli & Irma
Draufschlag.
Mlle. Ely, Kompositionen auf der
violinenden Geige.
Emma Lössary, Kompositionen.

Teheran-Truppe
Süßler Reitanst. der Welt.
Schweizer Lublin
die grünen Baronschen.
Pepl Larsen, Souffleur.
Leonardo-Trio, Baritone-Quartett.
American-Bio-Tableaux
mit neuen Bildern.
Entree 30 Pfg.
Rekord 50 Pfg.

Das Feenreich

(Zeltgarten-Tunnel)
ist eröffnet.
Die feinste Dekoration, welche
Breslau je gesehen hat.
**Damen-
Crompeter-Corps**
Entree frei.

Zu Separaten und Auf-
stellungen empfiehlt sich
Arthur Wilhelm
Tischlermeister [4321]
Leuthstrasse 9, parterre.

Geld — Geld

auf Pfänder jeder Art, Gold, Silber,
Bücher, Kleidungsstücke u. 4331
F. Schwirten, Weissaburgerstr. 33.

Anzüge 10

nach Maß, abg. auf Koffern,
beim 17. März u.
mit in der Fabrik [4001]
Carlstrasse No. 43, I.

Damen-Filzhüte

billig, nur in besten Qualitäten und neuesten Formen. 4257
Vollständig werden nach den neuesten Formen modernisiert.
Goldene Stadegasse 22. C. Kornetzky.

Laferme „No. Eins“

Reform-Zigarette
10 Stück 10 Pfg. - Berlin. - Zu haben bei
Gebrüder Stahn, Breslau
Goldschmidtstr. 27. Telephon 1732.
25 Zigaretten und Tabake zu gros. 24

Palmengarten.

Dir. H. Krausnik.
Des großen Erfolges
wegen prolongiert:
Elite - Orchester
Naupold.

Außerdem
Neue Kapelle!
Entree frei.

Konzerthaus Flora.

Dir. H. Krausnik.

Neue Kapelle!
Original-Ungarische
Zigener-Kapelle
„Tullpan“.

Entree frei!

Pfandmädchen

zur Herrschaft, I. I.
in Friedrich-Wilhelm-
straße 5, Eing. Bahnh., b. Ochsheim. [4320]

Pfänder-Auktion

Unwiderruflich 12. Oktober b. 156700.
Verlängerung bis 9. Oktober.
Auguste Keller 4303
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 58.

Pfandleih-Institut.

Geld auf Pfänder leicht Pfandleih-Institut,
Friedrich-Wilhelmstraße 62, I. [3801]

Damen - Filzhüte

billigst direkt Filzhüte
in d. Fabrik
Neue Graupenstr. 11, Hof,
Freund & Krebs
Filzhüte werden modernisiert.

Pianos.

Fügel und Harmoniums
größte Auswahl, jede
Preislage. Teilzahlungen.
Miete, Reparaturen,
Stimmen. [4326]

Georg Neumann,

Breslau, Neue Graupenstrasse 13.

Auf Kredit

Möbel

Schränke, Betten, Diwan,
Kinderwagen.

Konfektion

für Herren und Damen
zu billigen Preisen.
Kleinste Anzahlung.
Bequemste Abzahlung

M. Grau Nachf.

am Albrechtsstr. 33, I.
Eingang Altbäckerstr.

Nach kurzem schweren Leiden verschied meine innig-
geliebte Frau

Luise Nitzeck, geb. Flegner
im Alter von 35 Jahren.
Dies selgt tiefbetrubt an
Der Ehegatte Paul Nitzeck
Sanarbeiter in Weide,
Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, nach dem Fried-
hof in Weide. 4322

Am 1. Oktober verstarb nach langem, schwerem Leiden
unser Mitglied, der Maurer

Paul Pinzer
im Alter von 34 Jahren. [4390]
Ehre seinem Andenken!
Der sozialdemokratische Verein
für Breslau und Umgegend.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen
Kranzspenden bei der Beerdigung unseres Sohnes

Richard Menzel 4332
sagen wir allen hiermit unseren herzlichsten Dank.
Familie Menzel.

Böttchergehilfe

auf Petroleumfässer zum sofortigen Antritt gesucht.
Vorstellung Gartenstraße 20, III, im Kontor. [4325]

Henkel's
Bleich-Soda
Bestes u. billigstes
Wasch- u. Bleichmittel. 4329

Unser Möbel- u. Warenkreditgeschäft

bringen wir zur gefälligen Erinnerung. 8862
Gebr. Buchmann
Wachtplatz u. Fischergasse 26.

Ziele und Wege.

Erläuterungen der sozialdemokratischen
Gegenwartsforderungen.
Unter Mitarbeit von Adolf Braun, Hugo Lindemann,
Max Süßheim, Friedrich Stampfer, Clara Zetkin.
Herausgegeben von Adolf Z. aun.

Preis 20 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Arbeit und Erziehung

eine pädagogische Studie von Otto Rühle.
Preis 50 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Zu jeder Tageszeit

sowohl

morgens beim Frühstück auf
Brod,

mittags zum Bereiten von Suppen
und Saucen, zum Kochen,
Braten oder Backen sowie

abends zum Nachtessen

also

in jeder Verwendungsart bietet
Ihnen für feinste Meiereibutter
einen vorzüglichen, gleich-
wertigen aber viel billigeren
Ersatz die beliebte
Delikatess-Margarine

4327

Solo in Carton.

Metall-Betten
Erstklass., bewährtes Fabrikat!
Grosse Auswahl
von einfacher bis elegantester Art.
D. St. Mk. 6.25 bis 200.—
Metall-Kinderbetten
D. St. Mk. 10.— bis 50.—
Bettfedern — Polster-Matratzen
in anerkannter Güte zu niedrigsten Preisen.
Leinonhaus
Bielschowsky
Breslau, Nicolaistr. 76, Ecke Herrenstr.

Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen.

Donnerstag, den 4. Oktober 1906:
Oeffentl. Versammlung

im „Ballhof“, Schlesswerderplatz 12.
Tages-Ordnung: 1. Bildung und Erziehung der Arbeiter und
Arbeiterinnen durch die Gewerkschaft. Referent: Rebatteur Robert Albert. 4328
2. Stellungnahme zum Bundeslosteuergesetz. 3. Freie Aussprache.
Pflicht eines jeden Kollegen u. jeder Kollegin ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Volksvorstellung 1906/7

(Thalia-Theater).
I. Aufführung.

Sonntag, den 7. Oktober 1906
Nachmittag 3 1/2 Uhr:

Gespenster

von Henrik Ibsen.
Preise der Plätze:

Zu haben sind noch I. Rang 0.70, Galerie 0.10.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht,
sowie bei den Holzporturen.

Die Niederlage der Krotoschiner Brauereien

befindet sich jetzt 4310
Striegauerplatz 5/7 (Schweizerhof).

Kinder-Elend

Proletarische Gegenwartsbilder von Otto Rühle.
Preis: 75 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Miete zu billigen Preisen
auf 4057
Kredit
ganz
**Wohnungs-
Einrichtungen**
jede einzelne Größe
bei geringer Anzahlung,
entl. auch ohne Anzahlung,
und auf Jahre hinaus verleiht
Kreditanstalt.

Betten, Herr. -Gehäuse,
Sessel, Kissen, Teppiche,
Gehäuse, Gesammelte
und viele andere
große Auswahl bei ver-
hältnißmäßiger Zahlung von
1 Mark.

Lorenz Hübnert
am Neufeldstr. 7,
I. Etage.

Zur Stadtverordneten-Wahl in Breslau 1906.

Arbeiter, Partei-Genossen!

Im November d. J. sind in 10 Bezirken 11 Stadtverordnete auf die Dauer von 6 Jahren zu wählen. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß wir auf Erfolge nur dann zu rechnen haben, wenn die Agitation jeden einzelnen Wähler erfaßt, von dem wir annehmen können, daß er für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen wird.

Es genügt nicht, daß die Wahlberechtigten in Versammlungen aufgeklärt werden und Flugblätter ins Haus bekommen; wir haben jeden Wähler in seiner Wohnung aufzusuchen und ihm persönlich die Ueberzeugung beizubringen, daß er in seinem eigenen Interesse für die

Kandidaten der Sozialdemokratie

zu stimmen hat.

Diese Hausagitation, welche uns sowohl 1898 wie 1904 im 22. Wahlbezirk (Mikolator) den Sieg brachte, muß Anfang Oktober einsetzen.

Wollen wir in diesem Jahr die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament erhöhen, dann hat jeder Genosse einzugreifen und seinen Mann zu stellen. Als wir im Jahre 1904 unsere beiden Genossen Löbe und Schütz zu Stadtverordneten wählten, hatte der sozialdemokratische Verein 2000 Mitglieder; jetzt sind es

7500.

Es gilt zu zeigen, daß wir wirklich stärker geworden sind, nicht nur an zahlenden Mitgliedern, sondern vor allem auch an überzeugten zielbewußten Parteigenossen, die es als selbstverständlich betrachten, sich an all den verschiedenen Wahlarbeiten zu beteiligen, von deren guter, gründlicher Erledigung einzig weitere Fortschritte abhängig sind.

Wir haben also zunächst die Wähler aufzusuchen. Jeder bei dieser Arbeit helfende Genosse bekommt Hauslisten, auf welchen die Wähler nach Namen, Stand und Wohnung verzeichnet sind. Was dabei besonders zu beachten ist, wird in einer Anweisung angegeben.

Genossen! Je größer die Zahl der tätigen Partei-Mitglieder ist, um so geringer die Arbeit für den einzelnen.

Bleibe deshalb keiner zurück, wenn er gerufen wird.

Erfüllt jeder seine Pflicht, so kann es am Erfolge nicht fehlen.

Auf zu den Stadtverordnetenwahlen!

Das Wahl-Komitee des sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend.

Das neue Wahlsystem in Oesterreich.

Widerwillig, aber unaufhaltsam gehen die Beratungen des vom österreichischen Abgeordnetenhaus eingesehten Ausschusses für die Wahlreform vor sich. Diese selbst schreitet rüstig vorwärts eingedenk des Goethe'schen Wortes über die Klaffer:

So will der Epith aus unserm Stall Uns immerfort begleiten, Und seines Wellens lauter Schall Beweist nur, daß wir reiten.

Gegenwärtig steht das zweite Gesetz in Verhandlung, welches folgende Materien regelt: Die Wahlbezirke, Wahlkörper und Wahlorte, die Voraussetzungen für die Ausübung des Wahlrechts, soweit dieselben nicht schon durch das Grundgesetz fixiert wurden, sowie für die Wählbarkeit, die Durchführung der Wahlen vor der Eintragung des Wählers in die Wählerliste bis zur Feststellung des Stimmverhältnisses.

Da die heftigsten Parteien, die das Grundgesetz enthält, vom Ausschusse bereits absolviert sind, darf angenommen werden, daß die minder kritischen Teile gleichfalls den Ausschuss ungefährdet passieren werden. Der Hauptstreit war ja doch die nationale Vermessung des politischen Einflusses, wie er durch die Mandate zum Ausdruck gelangt. Nachdem dies schwierige Werk gelungen, die Mandate auf

die einzelnen Kronländer und innerhalb derselben auf die verschiedenen Nationen aufgeteilt sind, handelt es sich nunmehr um die administrative Ordnung der Stimmenabgabe. Zwar droht noch die Koalition der Wahlrechtsfeinde mit dem Pluralvotum, aber die Drohung wirkt nicht sonderlich schreckhaft, weil — selbst wenn sich die Gegner über die Grundlage der Pluralität einigen sollten — die Kräfte, die sich für die unverfälschte Reform engagiert haben, zu stark sind, als daß sie über den Haufen gerannt werden könnten. Die österreichischen Minister dürfen den Restrain eines beliebigen Sozialistenmarschleides anstimmen: „Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!“ Das eben ist es, was den Gegnern die Sache so verteuert macht: Mit Ausnahme einiger verzweifelter Strauchritter, die — den politischen Tod vor Augen — ihr parlamentarisches Scheinleben so teuer wie möglich verkaufen wollen, rechnen alle bürgerlichen Parteien, die Regierung mit eingeschlossen, mit der Entschlossenheit des Proletariats. Das Wort, das der Ministerpräsident in der ersten Sitzung nach den Sommerferien sprach: Es gibt kein Zurück! gilt. Und daß er es aussprechen konnte, aussprechen mußte, ist das Verdienst der klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverständlich denkt die Regierung nicht an die Interessen des Proletariats, wenn sie die parlamentarische Aktion für die Wahlreform fördert, sondern an ihre staatlichen Aufgaben und Ziele, an dynastische In-

teressen. Aber sie wäre gleich ihren Vorgängern längst in den Ortus versunken, hätte die Wahlreform nicht ihren Rückhalt in den organisierten Massen der arbeitenden Bevölkerung.

Eine solche Situation, in der einige privilegierte Klassen und Eliten sich einer von Regierung und Proletariat samt bürgerlichen Parteien gebildeten Phalanx gegenüber befinden, kommt selten genug vor; in Oesterreich ist sie gegenwärtig vorhanden. Es gibt kein Zurück! Das ist also zu verstehen im Hinblick auf die Wahlreform, wie sie das Ministerium Gausch vorge schlagen, Hohenlohe und Beck übernommen haben: Das Ministerium kann nicht mehr zurück, das Proletariat will und wird nicht mehr zurückgehen. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht muß binnen wenigen Wochen vom Ausschuss in das Haus, von da nach weiteren Wochen aber das Herrenhaus zur Sanction und dann ins Leben hinein! Kein politisch zurechnungsfähiger Mensch in Oesterreich verheißt sich, daß die Beseitigung des Kurienparlamentes mehr als eine Notwendigkeit, eine Unvermeidlichkeit ist; daß die Reform eben in der Einführung des gleichen Rechtes besteht und daß daher jede Art von Pluralität eine Aufhebung der Reform wäre. Nur die politischen Idioten — in diesem Falle nicht einmal „Patrioten“ — können sich dem Wahn hingeben, das Volk werde sich für das Kurienprivileg irgend ein Pluralitätsstimmrecht ein-

Aus aller Welt.

Wiedersehen macht Freude. Herr Leon Morest ist erst 31 Jahre alt und lebte drei Jahre lang leidlich glücklich und zufrieden mit seiner jüngeren, hübschen Frau und dem Söhnchen, das sie ihm geschenkt hatte. Ein und wieder stiegen allerdings einige Wolken am dem Blau dieses Ehehimmels auf, da der junge Kaufmann Ursache zu haben glaubte, seiner Gattin einen übermäßigen Gang zur Kletterei vorzuzurufen. Und eines Tages packte die hübsche Madame Morest nicht nur ihr Bündel, sondern auch das ihres Kindes, da sie, wie sie sagte, der ungerathenen Eiferucht ihres Othello überdrüssig sei. Und Herr Leon Morest triete nun, ein sehr weidmütiger Othello, voll Verzweiflung durch ganz Paris, um die Ungetreue wiederzufinden, wandte sich an die Polizei, aber alle seine Nachforschungen blieben vergebens. Müde, mutlos, der Verzweiflung nahe, suchte er endlich des Abends seinen besten Freund und Kollegen Maurice Dizar auf, um ihm sein Mißgeschick zu erzählen, sein Herz auszusüßten und sich Trost zu holen. Dizar empfing ihn mit gewohnter Kameradschaftlichkeit und ließ ihn sich aussprechen. Da rief plötzlich im Nebenzimmer ein Kinderstimmchen: „Papa! Papa!“ — und Leon Morest erkannte, daß dieses Kinderstimmchen niemand anders angehöre als seinem eigenen Kinde. Wutentbrannt sprang er auf und dem falschen Freunde an die Kehle. Der griff nach einem Messer und stach ihn in den Arm, und im selben Augenblick erschien die treulose Gattin im leichtesten Gewand auf der Türschwelle und begann mit einem soliden Stock auf das Haupt ihres Ehegemahls einzuschlagen. Schließlich rief der Dämon die Nachbarn herbei, und das ganze Spiel endigte bei dem nächsten Polizeikommissar. Dieser Beamte zeigte sich seiner Aufgabe gewachsen, indem er eine wahre Entscheldung traf: Leon Morest durfte sein Söhnchen mit nach Hause nehmen, Madame Morest aber zog stolz am Arm ihres Galans nach dessen Haus zurück.

Die Tiere dürfen gequält werden. In Italien ist die grausame Behandlung von Tieren landesüblich. Viele Italienreisende haben sich durch den Anblick ewiger Pferde-, Esel- und Vogelschindereien schon den Aufenthalt daselbst vollständig verleiden lassen. Neuerdings haben nun Tierschutzvereine eine Agitation mit Flugblättern und Anzeigen gegen diese Tierschindereien begonnen. Es ist aber sehr bezeichnend, daß sich das Jesuitenblatt „Civiltà cattolica“ mit folgenden heftigen Auslassungen gegen diese Bestrebungen auf eine gerade in Italien sehr nötige größere Summe der armen Kreatur gegenüber wendet:

Diese Flugblätter zu Gunsten der Tiere stehen im vollen Widerspruch mit dem gesunden Menschenverstand (?) und sogar in mancher Hinsicht auch mit dem Kathedismus, (1) und darum sind sie irreligiös. Der gesunde Menschenverstand

belehrt uns, daß die Tiere keinerlei Recht auf „Liebe“ im strengen Sinne haben, denn die „Liebe“ ist eine theologische Tugend, die uns antreibt, Gott und den Nächsten aus Gottesliebe zu lieben. Es ist eine niederträchtige Beleidigung der menschlichen Würde, zu raten, wie eines dieser Flugblätter tut: „Stelle dir vor, Du wärst an seiner Stelle und behandle es nicht so, wie Du nicht möchtest behandelt werden.“ Im Namen des gesunden Menschenverstandes, der beleidigten Philosophie und gefährdeten Religion verabscheuen wir solche und ähnliche Narheiten über Tierliebe.

Orkan in Amerika. Nach einer Depesche aus New Orleans wurde das an der Küste des Golfes von Mexiko gelegene Fort Macerree total von einem Orkan zerstört. Alle Dächer und deren Familien, sowie die Artillerien lösten um, mit Ausnahme einiger wenigen, die sich an den Batterien festgebunden hatten. Hilfe war unmöglich. Viele Schiffe sind gescheitert. Hunderte von Personen kamen um.

Ein brennender Segler auf dem Meere. Ein granatvoller Anblick bot sich der Besatzung des Hamburger Dampfers „Dan“ auf der Durchquerung der Nordsee dar. Kapitän Schmidt vom „Dan“ berichtete, daß das brennende Wrack eines Zweimastlers von etwa 100 Registertonnen Deplacement an seinem Schiff vorüberziehe. Das Schiff und die aus Holz bestehende Ladung brannten lichterloh. Das Lichterschiff war bereits bis auf einen Fuß über der Wasserlinie niedergebrannt. Von der Besatzung zeigte sich keine Spur. Kapitän Schmidt versuchte vergebens die Nationalität des Schiffes festzustellen.

Die fälligen Gebheben. Aus Palermo wird gemeldet: In Trabia wurde gestern Abend um 7 Uhr 15 Minuten eine ziemlich starke Erdberschütterung gespürt, eine leichtere heute Morgen um 7 Uhr. Auch in Termini fand gestern um 7 Uhr 15 Minuten ein starkes Gebheben statt, ein anderes heute Morgen um 4 Uhr. Dieses verursachte den Einsturz eines Hauses und einer Gartenmauer. Die erschreckte Bevölkerung floh ins Freie. Das Wetter ist schön.

Kleine Chronik. Infolge von Brandstiftung ist die ganze Besatzung des Gutsbesizers Schulz in Jankersdorf (Danziger Neeritz) niedergebrannt. Außer dem gesamten Inventar sind 25 weisse Pferde, 40 Schweine und alles Geflügel verbrannt. — In Stadtwaldsdorf (Braunschw.) ist bei einem Orkan der 7 Jahre alte Sohn eines Arbeiters verbrannt. — Man schreibt aus Freiburg in Baden: Bei dem Schützenfest in Mittel-Sachs ist ein 10 Jahre

alter Knabe, der die Zielbedingung verließ, erschossen worden. — Auf dem Bahnhof in Waunse fuhr ein Güterzug in ein mit einem anderen Zug besetztes Gleis. Infolge starken Anpralles entgleisten fünf Wagen, die stark beschädigt wurden. Ein Beamter wurde verletzt. — Nach einer Meldung aus Offenbach ist das Dampfplättchen von Kaiser zum größten Teil zerberstet. — Durch Leichtsinn ist gestern Abend in einem Hause der Bleibtreustraße in Berlin eine Gasexplosion herbeigeführt worden, wobei zwei Menschen schwer verletzt wurden. — Man berichtet aus Bern: Der 8 Jahre alte Sohn eines Bergmanns, der am Bahndamm am Bergengleis eine Ziege hütete, wurde beim Herannahen einer Lokomotive von der schon werdenden Ziege auf die Schienen gerufen und sofort getödtet. — Man schreibt aus Meran: Auf dem Pfingsterfest der 21 Jahre alte Student Edmund Bachmann aus Gamsberg abgestürzt. Eine Expedition ist zur Bergung der Leiche abgegangen. — An der Schillingstraße in Berlin fuhr ein Dampfer gegen einen Kohlenstern. Der Kahn sank und mit ihm gingen die Frau des Kapitäns und die beiden Kinder unter. Alle 3 haben den Tod gefunden. — Im Stadtbahngange erschossen hat sich in Berlin eine feingekleidete, etwa 50jährige Dame, die sterbend in einem Abteil zweiter Klasse aufgefunden wurde. Bahnbeamte trugen die Frau in einen Schuppen, wo sie gleich darauf starb. Die Leiche konnte nicht rekonstruiert werden. — Wegen Mordes wurde der Berliner Polizei in die Hände fiel. Pawlowski ist in Wron im Kreis Ples geboren und wurde wegen Mordes von der Staatsanwaltschaft zu Gleiwitz festlich verfolgt. Er wohnte in Berlin unangemeldet bei seiner Geliebten und mischte sich in einen Hausstreit, bei dem die Polizei eingreifen mußte. Diese nahm Pawlowski fest und nun sah man, wie gut man man gemacht hatte. — In Düsseldorf fand man eine in der Talstraße wohnende Frau getödtet und mit Stricken gefesselt im Bett vor. Sie gab an, Nacht von drei verarmten Männern überfallen und wehrlos gemacht worden zu sein. Gestand wurden aus dem Hause Geld und Sparfassen gehoben. Von der Täterin fehlt jede Spur. — Am Sonnabend Nachmittag wurde in der Nähe von Pöggendorf ein Mädchen im Alter von etwa 3 Jahren mit aufgeschlitztem Bauch tot aufgefunden. Auf dem Boden liegt ein Eisenmesser. Der Tat verdächtig ist ein Logenführer, der verhaftet wurde. — Die Leichen von an der Ostpreussischen verunglückten Dampfern wurden heute Vormittag geborgen und gegen Mittag hierher gebracht. Alle sind sichtlich verkrüppelt. Die vier Leichen wurden, nach dem Begehren zu folgen, von diesem Ort abtransportiert, auf welches Verlangen geantwortet und ihnen abgeführt zu sein. Drei Leichen waren noch unangekündigt, von der viersten war das Gesicht zerstört. — Der bekannte Kottbuser Adam hat gestern im Antons-Hotel in Neu-West-Sachsen begangen. Er hatte sein Verbrechen von 10 Millionen Dollars durch Veräußerung von Kottbuserminen erworben, welche er aber durch wackelige Spekulationen

Schwärzen und das als Reform ausschließen lassen... Der Pluralitätschwärzen ist demnach, so ernst ihn auch die Wahlreformfeinde meinen mögen, nicht zu fürchten! Das bereits beschlossene Grundgesetz bestimmt in § 7: „Wahlberechtigt zur Wahl eines Abgeordneten ist jede Person männlichen Geschlechts, welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, vom Wahlrecht nicht ausgenommen oder ausgeschlossen ist und innerhalb der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder in der Gemeinde (Gutsgebiet), in welcher das Wahlrecht auszuüben ist, am Tage der Ausschreibung der Wahl seit mindestens einem Jahre ihren Wohnsitz hat.“ In dieser Bestimmung liegt das Prinzip der Rechtsungleichheit eingeschlossen. Wäre dies nicht der Fall, so müßte ein Hinweis darauf vorhanden sein, daß die Stimmkraft der Wähler eine differenzierte ist. Der Passus müßte ganz anders lauten, es könnte nicht gesagt werden, daß jede Person... wahlberechtigt sei, weil eine Rechtsungleichheit die Allgemeinheit des Stimmrechts tangiert und illusorisch macht. Die Pluralitätschwärzer haben also, indem sie diesen Passus in der ärtierten Formulierung passierten ließen, die Ueberführung für ihren Anschlag verjümt.

Nichtsdestoweniger steht natürlich die Sozialdemokratie auf dem qui vive, um zu verhindern, daß die Ungleichheit, die sich zwischen die einzelnen Nationen eingemischt hat, sich auch noch zwischen die Glieder und Individuen der Völker dränge. Was diesen als Ganzes angesehen wurde, dem einzelnen Volksgenossen soll es nicht vorenthalten bleiben. Wenn sich schon die Nationen für ungleichwertig erklärten — innerhalb jeder Nation wenigstens sollen alle Mitglieder politisch gleichwertig sein. Obndies schafft die Wahlordnung Ausnahmen, die bloß deshalb zugelassen wurden, weil sie gegenwärtig nicht zu verhindern waren: die Ausnahmen des Alters, der Unfähigkeit, der Armut. Andere als opportunistische Gründe waren ja nicht dafür aufzubringen, daß die unter 24 Jahre alten Staatsbürger, die nicht mindestens ein Jahr Unfähigen, die im Genusse einer öffentlichen Armen-Unterstützung stehenden Personen, nicht politisch eigenberechtigt sein sollen... Hätte man Alter oder Besitz auch noch zur Abstützung des Stimmrechts benutzt, dann hätte die Wahlreform nicht bloß Zweck und Sinn verloren, sie wäre schlechterdings eine Herausforderung voll des Hohnes gewesen, die viel gefährlichere Gegenbewegungen auslösen müßte als das Kurienystem. Ob man Privilegien nach Klassen oder nach irgend einem Jenus verleiht, bleibt sich im Grunde gleich: Reform und Pluralität, Gleichheit und Ungleichheit — das sind nun einmal unversöhnliche Gegensätze, unheilbare Widersprüche! Die Pluralität ist sozial, national und politisch eine Unmöglichkeit in Oesterreich, und darum werden die Versuche der Wahlrechtsgegner, sie hinterdrein noch einzuschmuggeln, lächerliche Windmühlensämpfe bleiben.

Widwohl die Wahlordnung noch nicht zu Ende beraten ist, läßt sich nunmehr doch schon das neue Wahlrecht auch von seiner technischen Seite überblicken. Die wichtigsten Bestimmungen sind bereits fixiert. Die Wahlberechtigten bilden in jedem Wahlbezirk einen Wahlkörper, es sei denn, daß in einem Lande national getrennte Wahlkörper für die Landtagswahlen bestehen (wie in Mähren); in diesem Falle hat der nationale Wähler-Karaktter auch auf die Reichstagswahlen Anwendung zu finden. Wahlort ist jede Ortsgemeinde und jeder (in einem eigenen Anhang) besonders bezeichnete Gemeineteil (Ortschaft, Stadtbezirk). Eine wichtige Errungenschaft! Insbesondere auf dem flachen Lande, wo die Entfernungen groß und trotz der Verkehrsmittel für die Wähler nur mit Opfern an Zeit und Geld zu überwinden sind. Nur in Galizien soll die Ausübung des Wahlrechts den Wählern möglichst erschwert werden. Für diese Dörfer des polnischen Junterums wurde folgende Ausnahme durchgedrückt: „In Galizien können Ortsgemeinden, welche nach der letzten allgemeinen Volkszählung 1500 oder weniger Einwohner haben, durch Verfügung der politischen Landesbehörden mit nächstgelegenen Gemeinden desselben Wahlbezirks zu Gruppenwahlorten vereinigt werden.“

Sehr wichtig ist die Abänderung, die die Regierungs-entwurf hinsichtlich der Bestimmung über den Wahltag enthält. Die Regierung wollte sich das Recht vorbehalten, die Wahlen zeitlich zu zerstückeln. Für jedes Land, eventuell innerhalb des Landes für Städte und nichtstädtische Gemeinwesen sollten verschiedene Wahlstage festgesetzt werden können. Der Wahlreformanschlag sieht diese Bestimmung und setzte für die Durchführung der Wahlen einen Wahltag fest. Abgesehen von der äußerlichen Bedeutung der zeitlichen Einheit ist damit auch der Gewinn verbunden, daß der Beeinflussung der Wähler von Seiten der Regierung und ihrer Helfer eine wesentliche Beschränkung auferlegt wird. Wenn das Wahlrecht sich an dem einen Wahltag über das ganze Staatsgebiet ergiebt, wenn die Massen der Wähler allüberall in Bewegung sind, dann haben die Behörden, haben die gesellschaftlich übermächtigen Massen nicht so leichtes Spiel. Das Wahlterrain ist dann für sie zu groß, als daß sie es aus dem Geiste beherrschen können.

Gingegen war es nicht möglich, im Wahlreformentwurf schon Verbesserungen bezüglich der Wählerlisten durchzuführen. Gerade diese so wichtigen Instrumente zur Handhabung des Stimmrechts bleiben noch wie vor der Beschaffenheit durch die Ortsgemeinden anhängig. Eine Konzession an die polnischen Junter und an die Christlich-sozialen in Niederösterreich, die ihre Erfolge notorisch zum Teil der unzulässigen Registrierung gegnerischer Stimmen zu verdanken haben. Sie setzten sich denn auch mit Heiner für das alte System der Wählerlistenhaltung ein und gewannen auch die Regierung für ein milderndes Rekompensationsverfahren, so daß sie es noch wie vor in der Hand haben werden, an Stellen, wo das Jangeln des Erfolges um wenige Stimmen schwanzt, das Wahlrecht zu verzerrten. Jedoch, die großen Massen können sie nicht aus den Werten herauslösen, und deshalb hat die

Wahlreform nicht die überwiegende Bedeutung, die ihnen von den schwächlichen Liberalen beigemessen wird. Wo die Massen in Betracht kommen, da müssen die reinlichen Schwärzenpolitikern auf die Dauer ebenbürtig, wie die großen. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist keine Illusion, aber ein tüchtiger Ruftrichter.

Arbeiterbewegung.

Die Herren von der „Roten Erde“. In einem Schreiben an die hiesigen Reichstagsabgeordneten bedeutet Kommerzienrat Pirbork, von ihrem Vermittlungsangebot in dem Auslande auf „Rote Erde“ keinen Gebrauch machen zu können, weil der Vorstand des Hüttenvereins es grundsätzlich ablehnen müsse, sich der Vermittlung Dritter in seinen Verhandlungen mit seinen Arbeitern zu bedienen. Der Vorstand erklärte sich dagegen bereit, mit den Abgeordneten eine Besprechung abzuhalten. Die Abgeordneten haben darauf geantwortet, sie beharrten im Interesse des Friedens und der Beilegung der außerordentlich schweren Schädigung des ganzen wirtschaftlichen Lebens den ablehnenden Beschluß umzuwerfen, als die Kommission der Arbeiter das Vermittlungsangebot gern angenommen hätte. Sie ständen aber auch weiter jenseits in der Angelegenheit zur Verfügung, könnten jedoch auf die vorgeschlagene Besprechung nicht eingehen, da sie sich von einer einseitigen Besprechung keinen Nutzen versprechen könnten.

Mit den beiden Zentrumsabgeordneten wollen sich die Herren wohl unterhalten, als Vermittler aber finden sie kein Gehör. Die Herren Raden und Sittart sind von der Abgabe nicht einmal verlesen, sondern sie antworteten den Proben, daß sie weiter jederzeit zur Verfügung ständen, falls der Vorstand des Hüttenvereins anderen Sinnes würde und sie als Vermittler anerkennen wolle. Es scheint überdies, als ob die Herren mehr aus Rücksicht auf das Interesse der Zentrumsparthei, als auf die des wirklichen Arbeiterinteresses, die Vermittlerrolle übernommen haben. Das Zentrum muß et z Arbeiterfratlichkeit mitem.

Für Bergarbeiter-Bewegung im Ruhrgebiet. In dreiundzwanzig vom alten Bergarbeiter-Verbande abgetrennten Mitglieder- und Delegierten-Versammlungen am vergangenen Sonntag wurde die Lokalkasse bebrochen und eine gleichlautende Resolution gefaßt, die dem in Essen gefassten Beschluß der Siebenzweckkommission zustimmt.

Die Bergarbeiter-Bewegung in Oesterreich. In der in Mährisch-Odrau abgehaltenen Versammlung der Kohlenarbeiter wurden die Vorstände der Bergwerksbesitzer hinsichtlich der Kohnerhältnisse der Arbeiter abgelehnt und neue Forderungen aufgestellt. Falls diese nicht bis Sonnabend angenommen sind, wird der allgemeine Streik proklamiert werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Oktober.

Das Volksgericht.

Ueber die Mutereigentümer des 19. April haben in der Woche vom 17. bis zum 24. September gelehrte Richter zu Gericht gesessen. Gestern Abend aber hat das Volk sein Urteil gefällt. Vier große Volksversammlungen hatte das Gewerkschaftskartell für die verschiedenen Teile der Stadt einberufen und alle Versammlungen waren voll besetzt. Ueberall fanden die Ausführungen der Redner lebhaften, oft nürnischen Beifall, doch trotz der neu aufflammenden Empörung über die Polizeistaten am Striegauer Plage und trotz des energischen Protestes gegen das Urteil der Strafkammer herrschte überall musterhafte Ordnung; den Anordnungen der Arbeiterpolizei wurde willig Folge geleistet, die zahlreich in den Umgebungen der Versammlungslokale aufgestellte Schutzmansschaft aber hatte nichts zu tun, als daß sie zusehen mußte, wie hunderte von Arbeitern nach den Stätten eilten, wo über Polizeistaten Gericht gehalten werden sollte. In allen 4 Versammlungen fand die folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Die heut versammelten gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter von Breslau erheben entschieden und einhelligen Protest gegen das die blutigen Vorgänge, die sich am Abend des 19. April in den Straßen der Nikolaivorstadt abgespielt haben, auf das Schuldens der damals ausgesetzten Arbeiter und ihrer Organisationen gelegt werden. Die Versammelten sind der festen Ueberzeugung, daß bei besonnenem und gerechtfertigtem Urteile der Polizeivorstände jegliche Ausschreitungen vermieden worden wären. Für die Breslauer Polizeivorstände lag kein Grund vor, aus Anlaß der von den Arbeiterparteien initiierten Ausperrung des Unternehmertums geltend zu machen, auf dem Striegauer Plage, wo zufällig Massen ausgesetzter Arbeiter zusammengebrocht waren, von der Waffe Gebrauch zu machen und selbst die Besatzung und gewöhnlich Unbeteiligte in der schwersten Weise zu verletzen.“

Die Versammelten erheben weiter lautes Protest gegen die darauf folgenden überaus zahlreichen Verhandlungen, wie über das gesamte als System für die gekennzeichnete peinliche Voruntersuchungsverfahren, das auch in diesem Falle völlig schiffbruch gelitten, wie die Einstellung des Verfahrens in der größten Zahl der Untersuchungsfälle und der Ausgang des Prozesses in denklarer Weise darzutun hat.

Die Beratungen, an denen die Strafkammer teilgenommen ist, sind nach der Ansicht der Versammelten nur möglich gewesen durch eine Unfähigkeit, den Absichten des Gesetzgebers widersprechende Auslegung des § 153 S.-D., die eine große, die Arbeiterschaft schwerwiegende Beschränkung des Koalitionsrechtes bedeutet.

Die Versammelten setzen in den Beschlüssen des 19. April und ihrer Verteilung durch Breslauer Richter Auslässe des kapitalistischen Klassenhaates und verpflichten sich, auch mehr wie bisher durch den Ausbau ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation den Kampf gegen diesen Klassenhaat mit aller Energie weiter zu führen.“

Im einzelnen erhalten wir über den Verlauf der Versammlungen folgende Mitteilungen:

Die Versammlung für das Nikolaivorstad und Wölffelsplatz fand im Lokale des Herrn Hansel statt. Hier, beinahe ausschließlich „rot“, war der Anbruch beinahe ausschließlich besetzt. Der zweite Saal war schon lange vor Beginn der Versammlung bis auf das letzte Stuhlplätzchen gefüllt. Der zur Ueberwachung zugeordnete Beamte verlangte, daß die Gäste frühzeitig und unter Ordnung sorgten dafür, daß kein Anlaß zur Auflösung der Versammlung entsteht. So mündete Arbeiter, der nicht frühzeitig genug gekommen war, um sich zu protestieren gegen die Schläge, die an jenem beschwerlichen Donnerstag auf seinen Rücken niedergefallen waren, konnte keinen Einsitz mehr finden und mußte umkehren. In der Mitte des Saales war ein starkes Schutzmansschaft besetzt. Das Referat in dieser Versammlung hatte Genosse Datz übernommen, der seit von hiesigen Verhältnissen zurückgezogen, eine prägnante Rede über die Polizeistaten vom 19. April hielt, und zeigte, wie wenig das Recht der Arbeiter durch den Einbruch des Gesetzes und dem Willen des Gesetzgebers geschützt, und wie sehr es dem Volksgenossen im Gesetz selbst zu entsagen hat, eine lebhaft Debatten. Diese Debatten schloß sich einigen Fragen an der Polizeistat. So wies Genosse Datz nach, daß ein Streik der Arbeiter, der auf der Polizeistatlage ruht, den Polizeistat gefährdet und die gesamte Bevölkerung mit einer schrecklichen Epidemie mit sich führt, die, wenn sie nicht durch die

im Hofe mit dem Säbel herumkarrte. Der Hauswirt mußte den Vollstreckern dann wieder auf die Straße hinauslaufen.

Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse M e r z l e i n, ermahnte die Erschienenen zum Schluß, dafür zu sorgen, daß bei den kommenden Stadtwahlen die Arbeiterparteien über dem Striegauer Lokale das rote Banner aufgesteckt wird. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Die Arbeiter aus dem Süden der Stadt

hatten sich in der Wilhelmstraße zusammengelassen. Auch hier war vor dem Lokale und in den benachbarten Straßen freigelegten ein zahlreiches Schutzmansschaft unter der Führung zweier Polizeioffiziere aufgestellt. Als der Vorsitzende, Genosse B r o s i g, die Versammlung eröffnet, ist der Saal von über 1000 Personen besetzt. Mit einer musterhaften Ruhe und gespannter Aufmerksamkeit folgten die Erschienenen den Ausführungen des Genossen K a u l, der die Vorgänge am dem Striegauer Plage, das Voruntersuchungsverfahren und den Prozeß selbst, als Auslässe des Klassenhaates kennzeichnete und den engen, unlöslichen Zusammenhang darlegte, in dem Polizei und Justiz mit der herrschenden Klasse des Unternehmertums stehe. Den Polizei- und Unternehmertum in einen Volks- und Reichsstaat umzuwandeln, das sei eine Kulturfrage der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. In der Diskussion brachte Genosse S e n f noch eine Reihe von Einzelfragen aus dem Prozeß vor, besonders erörterte er noch einmal die merkwürdige Tatsache, daß bisher es immer noch nicht gelungen sein soll, den Handhabder zu entdecken. Langanhaltender Beifall, auch lebhaft Entzückungsbräuse bewiesen, daß die Versammlung ganz auf dem Boden der Redner standen. Nachdem Genosse Brosig zum Schluß noch zu eifriger Arbeit für die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen ermahnt hatte, ging die Versammlung mit derselben vorbildigen Ruhe auseinander, die von allen Seiten während ihres Verlaufes beobachtet worden war.

Im Osten der Stadt

war der Saal „zum goldenen Kegel“ als Versammlungsraum anzuwenden. Hier sprach Genosse H a b a d. Vor tritt in die Tagesordnung machte der zur Leitung der Versammlung gewählte Genosse S e y p p e r auf das große Aufsehen von Schutzmansschaften aufmerksam, das außerhalb des Versammlungslokales Vorkommen habe. Es werde freie Diskussion über die Ausführungen des Referenten zugelassen werden, aber die Redner sollten im Gebrauch ihrer Worte recht vorsichtig sein. Alsdann erließ er dem Referenten das Wort. Derselbe entwarf in 1/4stündiger Rede ein wahres Bild von den Vorgängen des denkwürdigen Tages, an dem die Arbeiterschaft eine innige Verbindung zwischen Unternehmertum und Polizei kennen gelernt hat. Wenn es dazu noch irgend eines Beweises bedürfte, so könne es die bisher noch nicht bekannte Tatsache sein, daß, als es zum Streik der Formier und Gießerarbeiten kam, ein Schutzmann in einem Betrieb kam und den Inhaber desselben fragte, ob es etwa bei ihm auch zum Streik kommen werde. Ganz erstaunt darüber stellte der Fabrikant die Frage, welches Interesse er denn daran habe, zu wissen, ob bei ihm gestreikt werde, und die Antwort lautete: Wenn gestreikt wird, dann wolle man die Fabrik polizeilicherseits schließen, und zwar sei dies von oben herab so bestimmt. Es sei zwar nichts Neues, daß das Unternehmertum von den Behörden nach jeder Richtung hin protektiert wird, bei der jüngsten Metallarbeiterbewegung aber habe die Polizei ganz besonders ihre schändliche Hand über die Metallindustriellen ausbreitet. Der Redner ging darauf ein, wie in den Ursachen der Metallarbeiterausperrung und auf den Verlauf der Mutereigentümer ein; scharfen Protest erhob er gegen die Art des Voruntersuchungsverfahrens und gegen die Verteilung und Auslegung, die vor allem § 153 S.-D. bei den Breslauer Richtern gefunden habe.

Unablässiger Beifall lobte den Redner für seine Ausführungen. Genosse W i e n e r führte in der Diskussion an, daß gegen die Arbeiter eine Flut von Ungerechtigkeiten verübt werden, aber doch werde man die Gerechtigkeit nicht verlassen, doch auf die Rechte werde man nicht verzichten, die müssen bei jeder Gelegenheit wahrgenommen werden. Bei den Stadtwahlen werden, die nahe bevorstehen, sollen die Arbeiter auf dem Boden sein. Auch Habad forderte die Anwesenden auf, für die Wahlen eifrig zu agitieren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf Partei und Gewerkschaften schloß S e y p p e r die Versammlung.

Zu Norden der Stadt

war der geräumige Saal des „Bergleier“ überfüllt. Auch viele Frauen hatten dem Rufe Folge geleistet und saßen oder standen dicht gedrängt unter den Genossen. Der Referent Genosse S c h o l i c h schilderte in seinem Vortrage die Verfolgungen und Kämpfe, die die Arbeiterschaft bei Ausübung des Koalitionsrechtes zu bestehen hatte. Als er an der Hand der 76 Seiten langen Anklageschrift die Vorgänge am Striegauer Plage, die zahlreichen Verhaftungen, die nur durch eine Nachfrage in den Hospitälern und durch Indiskretion verschiedener Ärzte möglich waren, sowie die Verhandlungen während des Prozesses nochmals kurz skizzierte, machte sich die bis dahin musterartige Ruhe in lauten Entzückungsbräusen Luft.

In der jetzt lebhaften Diskussion schilderten mehrere Redner die verschiedenen Uebergriffe der Polizei in der letzten Zeit. Genosse S t u d t empfahl die Bierwärtler wohl zu verwahren, da die Polizei darnach fahndet. Große Heiterkeit erregte es, als ein Redner an das Bureau die Anfrage richtete, „wer denn eigentlich am 19. April die Säbel geschliffen hätte“. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Nach einem kurzen letzten Schlusswort des Referenten schloß der Vorsitzende, Arbeitersekretär P e t e r h a u s e l, die interessante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Arbeiterbewegung. Die zahlreich vertretene Polizei fand seine Veranlassung zum Entschreiten.

Auch die Straße

hatten es sich nicht nehmen lassen, zur selben Zeit für ihre Mitglieder eine Protestversammlung einzuberufen. Allerdings war es keine besonders imponante Versammlung, welche die Herren im großen Saale des „Deutschen Kronprinz“ — ausgerechnet in diesem großen Saale — ansetzen durften. Obgleich es sich um eine öffentlichen Veranstaltung handelte, wurden doch am Eingange zum Saale die Versammlungsbesucher einer Kontrolle unterworfen, sogar ein Vertreter der Presse mußte sich als solcher legitimieren. Erst dann wurde ihm der Eintritt gestattet. Sodann schilderte Herr M a b e l den Prozeß und seine Einwirkungen auf die Arbeiterschaft, teils läßt er scharfe Kritik, teils greift er die moderne Arbeiterbewegung und einzelne ihrer Führer an. Auch gegen einen Ausbruch in der Gegenanlage des Direktors K e n n e m a n n verhielt sich Herr M a b e l. Er habe wohl mit dem Direktor Unterhandlungen gepflogen, indem er denselben schriftlich um die Gewährung einer Privatunterhaltung ersuchte, doch auf „Anfragen“ sei er niemals an denselben herangekommen. Diese Unterhaltung ist ihm abgeschlagen worden.

Nach einer kurzen Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, worin es heißt, daß die Versammlung von dem Verlauf des Breslauer Kriminalprozesses Kenntnis nimmt und sich mit den geäußerten Urteilen nicht einverstanden erklären kann, da dieselben sich als Klassenurteile dokumentieren hätten, und das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege erschüttern müßten.

Kindersaal.

Auf dem Kongress für Kinderforschung, der gegenwärtig in Berlin abgehalten wird, hielt Dr. F e r n h a r d - B e r l i n einen Vortrag über den Schlafmangel der Berliner G e m e i n d e k i n d e r. Dr. F e r n h a r d hat 6561 Kinder aus dem Zustande der Stadt beobachtet und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Schlafzeit für alle Altersklassen hinter dem unbedingt notwendigen zurückbleibt. Die Untersuchungen bringen für den Tag eine Stunde und vierzig Minuten, d. h. ein Teil der Kinder schläft 608 Stunden im Jahre zu wenig. Sollte die verlorene Schlafzeit nachgeholt werden, so müßten die Kinder etwa 25 Tage ununterbrochen Tag und Nacht schlafen. Die Ursache dieser gefährlichen Erscheinung liegt in dem Schlafmangel der Eltern, und in dem m i s s l i c h e n

Verhältnisse. Schlafstunde und Lagerstätten spotten dabei allen hygienischen Vorschriften. Bis zu neun Personen schliefen in einem Zimmer und bis zu vier in einem Bett.

Den Klagen des künftigen Anberztes über den „Unberstand“ vieler Eltern können wir uns unbedingt anschließen. Es dürfte freilich wenige Eltern geben, die nicht wüßten, daß man die Kinder gehörig ausschlafen lassen muß, aber die tatsächliche gegebene wirtschaftliche Verhältnisse gewöhnen ihnen nicht die Möglichkeit, dieser Erkenntnis entsprechend zum Wohle des heranwachsenden Geschlechts zu handeln. Viele dieser Eltern hindert noch immer ihr Unberstand, zu erkennen, welcher Weg allein aus solchen furchtbaren Verhältnissen herausführt. Denn sonst würden sie sich mit aller Kraft gegen eine Gesellschaftsordnung auflehnen, die inmitten einer „Periode der Prosperität“, im Herzen der reichen Reichshauptstadt solche aller Beschreibung spottende Elendszustände verursacht.

Die Suche nach Klein-Abarten

hat nunmehr richterliche Bestätigung erhalten. Es ist der richtige Beschlagnahmefehl ergangen. Und warum? Erst hat man die Karten kontrolliert, weil die Firma des Verlegers fehlte. Nun diese sich auf den Karten befindet, entdeckt man, daß auch die Firma des betreffenden Druckers darauf gehört. Die neueste Beschlagnahme wird freilich nichts nützen. Fast sämtliche Karten, die hergestellt worden sind, befinden sich bereits im Umlauf; die Suche der Polizei wird also nicht viel zutage fördern.

Die von uns gestern erwähnte Beschlagnahme eines Postzeitungsstücks ist übrigens nicht in den Voronoi'schen Druckerbetrieben erfolgt, sondern die Postzirkulation ist derart vor sich gegangen, daß am Montag Nachmittag gegen 14 Uhr zwei geheime Schutzleute kamen und forderten den Geher Stanelle auf, mit nach dem Polizeibureau zu gehen, um dem Geheh vorzulegen. Als er sich als derjenige bekannt hatte, der das Verbrechen begangen hatte, wurde er wieder entlassen. Die Postzirkulation kam wieder nach der Druckerlei, verhörten noch einen zweiten Geher und nahmen dann den Beihilfen Kuhn mit zum Bureau. Während dieser Zeit fand bei Stanelle Hausdurchsuchung statt, wobei einige Exemplare des ominösen Zeitungsstücks gefunden wurden. Alle Vernommenen hatten auch am Dienstag wieder ein peinliches Verhör. — Uns ist aber immer noch nicht klar geworden, was der Grund und was der Zweck jener Postzirkulation ist.

Eine Keuerung an Bahnhofsbriefkästen. Die von allen denen mit Freunden begrüßt werden wird, die oft Briefe direkt zur Bahn zu schaffen haben, hat der Briefkasten in der Verkehrsstraße des Hauptbahnhofs in Dresden erhalten. An dem Briefkasten ist nämlich eine Leererungstafel angebracht, die angeht, für welche Briefe die nächste Keuerung erfolgt: z. B. Nächste Keuerung 6 55 zum Anschluß an die Bahn 6 07 nach Mittelweide, ab 6 55 und 10 nach Berlin ab 6 7. Durch diese Einrichtung wird es vielfach unnötig, daß die Abfahrende die Briefe zum Bahnhofsamt des Eisenbahnhofs tragen und zu diesem Zweck zum Bahnhofsamt hinauslaufen. Ist der Briefkasten in der Verkehrsstraße noch nicht für den betreffenden Zug geleert, so erhalten die hineingeworfenen Sendungen noch mit dem Zuge Beförderung.

Arbeiter-Abstinenzband (Ordnungsgruppe Dresden). Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses eine Verlesung statt, zu der auch Gäste Zutritt haben. Auf der Tagesordnung steht eine Vorlesung über die Abstinenzbewegung in Finnland.

Über das Schutzmännchenkontre auf der Mathiasstraße. von dem wir unter Vorbehalt in unserer Dienstag-Nachgabe berichtet haben, erhält die bürgerliche Presse folgende anscheinend polizeiförmige Darstellung:

In ein Restaurant auf der Mathiasstraße kamen am Sonntag Abend gegen 11 1/2 Uhr drei junge Leute und bestellten drei Gläser Bier. Einer von den dreien schloß ein. Nachdem sämtliche übrigen in dem Lokale anwesenden Gäste, mit Ausnahme des Schutzmännchen Hofmann, der sich ebenfalls in dem Lokale befand, nach Hause gegangen waren, schickten sich die drei jungen Leute zum Nachhausegehen an und wurden vom Gastwirt um Zahlung der Zechen erluchtet. Der Köpfer Großer wollte dieser Aufforderung zuerst nicht nachkommen und bezahlte schließlich unter allerlei großen Redensarten seine Zechen. Als Großer weiter Kraxel macht, forderte ihn der Gastwirt zum Verlassen des Lokals auf, und da Großer dieser Aufforderung nicht Folge leistete, wurde er an die Luft gesetzt. Nun richtete sich die Wut des Großen gegen den Schutzmännchen, der dem Vorfall beizuhelfen. Großer ließ gegen den Schutzmännchen gröbliche Beleidigungen aus und spielte auch auf seinen Waffensack. Er wurde von dem Schutzmännchen mehrere Male aufgefordert, seiner Wege zu gehen, kam aber dieser Aufforderung nicht nach. Die beiden Begleiter mußten den Großen festhalten, damit er nicht abermals auf den Schutzmännchen einbringe. Als sich dann aber Hofmann auf dem Nachhausewege befand, ließ Großer, der inzwischen von seinen Kollegen freigelassen worden war, dem Schutzmännchen nach und schickte sich auf ihn. Nunmehr zog der Schutzmännchen sein Seitengewehr und verfecht dem Großen einen Heiß über den Kopf. Großer wurde von der herbeigerufenen Feuerwehrrunde verbunden und später von der Polizei nach dem Altkrankenhaus-Spital überführt.

Warum der Schutzmännchen einem betrunkenen Manne gegenüber, auch wenn er sich auf ihn stütze, gleich von dem äußersten Mittel der blanken Waffe Gebrauch machen mußte, ist auch durch diese Darstellung nicht aufgeklärt. Nebenfalls ist und der Vorfall aber wieder einmal ein Beweis dafür, wie sehr wir im Rechte sind, wenn wir Nachrichten, die uns in der ersten Aufregung gebracht werden, ein wenig misstrauisch gegenübersehen.

Das alte Petroleumlicht soll bei unserer Straßenbeleuchtung wieder zu Ehren kommen. Es sind bereits zur Probe zwei Lampen auf dem Lessingplatz, eine an einem hohen Masten an der Lessingstraße und die andere an der Mutter der Gaskanal als Laterne aufgestellt und in Betrieb gesetzt. Freilich daß sich die Petroleumlampe modernisieren müssen. In den beiden Probelaternen verbreiten Glühkörper ohne Zylinderbedeckung ein strahlendes helles Licht. Dieses Petroleumgasglühlicht, das hier ausprobiert werden soll, wird unter dem Namen „Kerosin“ von der Aktiengesellschaft Hugo Schneider in Pannsdorf bei Leipzig in den Handel gebracht. Das Prinzip der Gestaltung dieser modernen Petroleumlampe ist folgendes: Durch den Druck von flüssiger Kohlenwasserstoff wird russisches Petroleum aus einem zylindrischen Behälter, der neben dem Ventilempfang angebracht ist, durch ein dünnes etwa 3 Millimeter starkes Kupferrohrchen einem Dampfer im Laternengehäuse zugeführt und das entstehende Petroleumgas wird dann in einem geeigneten konstruierten Glühkörper verbrannt, dessen Glühkörper ein intensiv weißes Licht ausstrahlt. Die Vergütung des Petroleumgas wird durch die eigene vom Glühkörper ausstrahlende Hitze bewirkt und nur beim Anzünden wird der Vergütungsvorgang durch eine kleine Spirituslampe eingeleitet. Die Verbrennung der Dampfe wird als eine sehr einfache bezeichnet; jedoch die Größe des Petroleumverbrauches als auch der Kohlenwasserstoffmenge ist so bemessen, daß eine Füllung nur 2-3 Mal im Jahre erforderlich ist. Die Kosten des Brenneres sollen nur gering und billiger wie bei Leuchtgas sein. Die aufgestellten Probelampen geben eine Leuchtkraft von 250 Kerzen. Sollten die Leuchtstoffe befriedigen, so würde diese Beleuchtungsmethode an allen Stellen im hiesigen Stadtgebiet

fordern ist und aus irgend einem Grunde kein Gas gebrannt werden kann, in Anwendung gebracht werden.

Soldatenbriefe. Ueber die Verbesserung von Soldatenbriefen sind nach der „Schl.“ neue Vorschläge ergegangen. Insbesondere soll in Zukunft die Nachsendung vorerhaltener Briefe und anderer Sendungen an Militärpersonen, die vorübergehend beurlaubt oder bereits aus dem Militärdienst entlassen sind, ohne Portoanlag gefahren. Maßnahme, in denen Soldaten an die Bezahlung der entnommenen Waren usw. erinnert werden, dürfen jetzt unter der Aufsicht „Soldatenbriefe, eigene Angelegenheit des Empfängers“, portofrei befördert werden. In bestimmten Fällen ist die Anwendung des Postfreiheitsvermerks „Militärsachen“ oder „Deeresachen“ ebenfalls zulässig.

Stadt-Theater. Heute Mittwoch findet eine Wiederholung von Friedrich Hebbels Trauerspiel „Maria Magdalene“ statt. Morgen Donnerstag gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit Richard Wagner's Musikdrama „Siegfried“ zur Aufführung. Herr Trostorf singt den Siegfried, Frau. Wessendorf die Waldbühne, Herr Weg den Wanderer, Herr Müde den Mime, Herr Neßhof den Alberich, Herr Döring den Fasner, Frau. Scherkefisch die Erda, Frau. Kollan den Waldvogel. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Preßler, die Regie Herr Regisseur Lehner. Anfang 7 Uhr. Am Freitag wird Frau. Coa von der Otten zum ersten Male in dieser Saison gastieren. Die Künstlerin singt die Mose Fiquet in Maillards komischer Oper „Das Glöckchen des Eremiten“. Für Sonnabend ist Wagner's romantische Oper „Lohengrin“ mit Herrn Gantner-Braun als Hagenrolle angekündigt.

Obere-Theater. Johann Strauß' Operette „Der Rauscherbaron“ wird heute Mittwoch aufgeführt. Morgen Donnerstag geht „Sherlock Holmes“ in Szene. Am Freitag wird Offenbach's Operette „Dybsen“ in der Unterwelt wiederholt. Der große Kupfer, welchen die Aufführungen von „Sherlock Holmes“ im Lobetheater finden, veranstaltet die Direktion, das Werk Sonnabend und Sonntag zu wiederholen. Die Premiere des Lustspiels „Das Lebensfest“ von Karl Möller ist auf die nächste Woche verlegt worden.

Vorstellungen im Thalia-Theater. Als vierte Vorstellung der laufenden Reihe geht Habdon Chambers' Lustspiel „Die Träume der Tränen“ heute Mittwoch für Gruppe A, am Freitag für Gruppe B in Szene. An der Abendkasse Willverkauf.

Verführer-Gente. In der letzten Woche verübte ein junger Mann unter Benutzung des Telefons raffinierte Verführereien. Er notierte sich die Namen auf den Schildern, die an den Wagen der Landbesitzer angebracht sind. Dann beobachtete er, in welchen Geschäften die Fleischer häufig zu verkehren pflegen. Nunmehr kaufte er sich 10 Pfund Viehsalz und klingelte dann den betreffenden Geschäftsmann an und machte die Mitteilung, daß ein junger Mann für den dort verkauften Fleischermetzler 10 Pfund Prima Bistellatz abholen werde. Der junge Mann werde auch bald die quittierte Rechnung mitbringen, das Geld möchte ihm gegeben werden, der Metzler werde es dann zurückzahlen. Dem Gauner glückte es, auf diese Weise zahlreiche Geschäftskonten zu schädigen. Die von ihm geschriebenen Quittungen lauteten meistens auf 6 bis 7 Mark. Am Sonnabend ist der Gauner auf frischer Tat ertappt worden. Er kam mit dem fast wertlosen Paket in einen Brennerer-Ausschank auf der Rosenbühnenstraße und erzählte das übliche Märchen vom dem Bankfischer. Dem Geschäftsinhaber war aber zufällig bekannt, daß auf die geschuldete Weise ein Geschäftsmann auf der Viehgasse geprellt worden war; er veranlaßte sofort die Verhaftung des Gauners. — Ein gerissener Verführer anderer Art ist ein Geometer, der ebenfalls in Haft genommen wurde. Seine Opfer waren Restaurateure mit der halben Konzeption. Er stellte sich als Beamter des Stadtausschusses vor und sagte, daß es ihm möglich sein würde, dem Wirt die volle Konzeption zu verschaffen. Zunächst aber sei an ihn 1.50 Mark Gebühren zu bezahlen, am nächsten Tage würde dann der Kommissar das Lokal besichtigen kommen. Auf diese Weise hat er zahlreiche Wirte geschädigt.

In anderem Leitungswasser sind nach der Analyse vom 30. September 0,1 Milligramm Manganorydul und 0,3 Milligramm Mangansulfat enthalten.

In das Polizeigefängnis wurden am 1. d. 21 Personen eingeliefert.

Gefunden wurden: ein Trauring, eine Brieftasche, 1 1/2 Tugend Taschentücher und ein Bruchband.

Abhandeln kamen: eine Pelzboa, ein Opernglas, eine goldene Damenuhr, Nr. 10414, ein Zwanzigmarsch und ein dunkelblauer Sammetrock.

Gefunden wurden: aus einer Wohnung auf der Auguststraße mittels Einbruchs ein Paar Korallenohrringe, ein Kronenmesser, zwei Jubiläum-Bismarckstücke, ein Rehmarschstück, zwei Korallenketten, eine goldene Brosche, drei goldene Ringe und ein goldenes Kreuz, auf dem Ringe einer Schlosserfrau ein Portemonnaie mit 10,70 Mk. und einer Verkäuferin ein Portemonnaie mit 16,60 Mk. Ferner wurde einer Frau auf dem Neumarkt eine Handtasche mit Butter und Gemüse im Werte von 8 Mk., einer Arbeiterfrau von der Rosenstraße auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit 14 Mk. entwendet.

Köbe-fahren. Ein Arbeiter wurde auf der Hohengöllernstraße von einem Wagen überfahren; er erlitt Wunden am linken Arme.

Am Wegrand verstorben. Am 1. d. M., Nachmittags, wurde auf einer Wiese hinter der Rüststraße ein obdachloser Arbeiter, der einem Herzschlage erlegen sein dürfte, tot aufgefunden. Die Leiche wurde der Anatomie zugeführt.

Verstorbene wird seit dem 19. v. M. des 16 Jahre alte Dienstmädchen Morika Bialik, Friedrich-Wilhelmstraße 91.

Stundenraub. Durch Umrennen einer brennenden Lampe geriet am 30. v. M. in einer Wohnung Weißbergstraße 56 ein Sofa und eine Gardine in Brand. Das Feuer wurde ohne Hilfe der Feuerwehrrunde gelöscht.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsleiterer werden ersucht, die fälligen Quartalsbeiträge für das Arbeiterssekretariat und Gewerkschaftsstatistik möglichst umgehend an den Kartell-Kassierer Peter Hausel im Arbeiterssekretariat, Nikolaistraße 18/19, abzuführen.

Mitteilung, Maurer! (Arbeiterverein Sachwitz.) Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 2 Uhr findet im Lokal von Herrn Schütz eine wichtige Maurerbesprechung statt. Die Kollegen von Sachwitz sind unbedingt ersucht, zu erscheinen.

Mitteilung, Sandel- und Transportarbeiter! Die Dienstführer-Sitzung findet nicht diesen, sondern dem nächsten Donnerstag, dem 11. Oktober im bekannten Lokal, Kupfergassestraße, statt.

Zentralverband der Schuhmacher. Eine Mitglieds-Versammlung findet im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses Montag, den 8. Oktober, Abends 8 Uhr, statt. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

Mitteilung, Holzarbeiter! Freitag, den 8. d. M., Abends 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1, eine Unter-Kassierer- und Vorstandssitzung statt. Wir bitten, daß alle Kassierer und Verwaltungsmitglieder pünktlich zu Stelle sind.

A. Wildert, Gewerkschaftsleiter.

Ins den Gerichtssälen.

Das Ende eines Liebesdramas. Vor den Geschworenen des Münchener Landgerichts fand in den letzten Tagen des Septembers der 29 Jahre alte Student Sergo Turtschinowitsch aus Rußland. Er war beschuldigt, den Studenten Martin Gatalia aus Lettland ermordet zu haben. Turtschinowitsch war im Dezember 1906 nach München gekommen, um als Elektrotechniker das Polytechnikum zu besuchen, wurde aber wegen ungenügender Vorbildung nicht aufgenommen und wandte sich nun der Malerei zu. Im Restaurant Bürgerbräu wurde er mit der Studentin Berta Ruf bekannt und machte eine heftige Liebespartie zu ihr. Seine Werbungen schickten daran, daß Berta Ruf bereits ein Liebesverhältnis mit Heinrich unterhielt und davon überzeugt war, dieser werde sie heiraten, während ihre die Absichten des Russen weniger verheißungsvoll für die Zukunft erschienen. Am Abend des 5. Mai erlief Turtschinowitsch im Bürgerbräu von dem heimlichen Verlobten der Berta Ruf mit Heinrich. Er fuhr mit einem Freunde vor das Haus, in dem die Ruf wohnte, und als diese mit Heinrich ankam, begann er aus einem Revolver zu schießen, den er sich kurz vorher angeschafft hatte. Der erste Schuß traf das Mädchen am linken Armel; Heinrich rief sie zurück und sprang zwischen beide, und nun fielen rasch hintereinander drei Schüsse, die seine Brust durchbohrten. Er war sofort tot. Turtschinowitsch ließ sich ruhig verhaften. Vor Gericht behauptete er, an jenem Abend jede klaren Bewußtseins hat gewesen zu sein. Er habe gar nicht die Absicht gehabt, jemand zu erschlagen, und den Revolver nur bei sich getragen, weil das in Rußland so üblich sei. Nach dem Gutachten der Sachverständigen hatte sich Turtschinowitsch, ein von Haus aus abnorm veranlagter und offenbar stark überspannter Mensch, bei Verlobung der Tat nicht im Zustande der Mollensunfähigkeit, sondern nur in hochgradiger Erregtheit befunden. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Totschlags schuldig, und er wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein Kinderfreud — und zwei Jahre Gefängnis. Das Dienstmädchen Emma Simon aus Spornitz, geboren am 28. November 1891, also noch nicht 15 Jahre alt, hatte zu Ostern 1906 bei dem Erbpächter Ahrendt in Damm einen Dienst als Kleinstmädchen angetreten. Von Anfang an wurde das Kind von Seemanns befragt, das von Tag zu Tag größer wurde, so daß ihr ganzes Denken darauf gerichtet war, wie sie wieder von ihrem Dienstherrn fortkommen könnte. Schließlich kam sie bei ihrem Erbpächter auf den Gedanken, daß sie am leichtesten und sichersten ihrem Dienst entkommen könnte, wenn sie das Grundstück ihres Herrn in Brand stecke. — Sie schritt also zur Ausführung dieses Gedankens, und am Nachmittage des 19. April, also wenige Tage nach ihrem Diensteintritt, als sie mit der Hausfrau allein zu Hause war, steckte sie das Stroh im Hofstall und das Strohband des Wohnhauses an. Die Angeklagte hatte zugleich nach dem Ausbruch des Feuers ihre wenigen Habgüter zusammengepackt und war ohne weiteres nach Spornitz zu ihren Eltern gegangen, weil sie annahm, daß ihr Dienst nun zu Ende sei. — Einige Tage darauf erhielt sie indes von dem Erbpächter Ahrendt einen Brief, in welchem sie aufgefordert wurde, wiederzukommen, um ihren Dienst wieder anzutreten, denn ein Verbot der Brandstiftung war ihrer großen Jugend und ihres sonstigen guten Betragens wegen nicht auf sie gefallen. Der Erbpächter Ahrendt hatte sich inzwischen bei dem Erbpächter Simons engagiert und besorgte von dessen Haus aus seine alte Wirtschaft. Die Angeklagte mußte also den Dienst wieder antreten, aber schon nach wenigen Tagen wurde sie wieder von Seemanns gepöbelt, und sie beschloß nun, sich abermals in derselben Weise zu befreien! — Am frühen Morgen des 3. Mai zündete sie auf dem Hausboden das dort lagernde Strohische Feuer an, um das Gebäude dadurch einzuzuschern. Das Feuer wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und konnte auf den Dachstuhl beschränkt werden. Auch diesmal war die Angeklagte sofort wieder nach Spornitz gelaufen, wurde jetzt aber als verdächtig eingezogen und hat dann auch ein Geständnis abgelegt. Das Urteil der Schwurgerichtskammer lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Der ganze Jammer unserer sozialen Zustände und der klandestinen Dienstverhältnisse zumal spricht aus dieser furchtbaren Kindertragödie.

Vom Streikposten, der erst dem Schutzmännchen „gehört“ kann aber wieder kommt.

Burgzeit des Streiks beziehungsweise der Ausperrung bei der Firma Bachhaus an Gilden bei Düsseldorf waren Klopffabrikanten und Genossen, die Arbeiter, als Streikposten aus der Nähe der Fabrik durch einen Polizeiergenten fortgewiesen worden und sie waren auch gegangen. Als drei von ihnen nach einer Viertelstunde und drei Viertel nach einer halben Stunde sich wieder vor der Fabrik sehen ließen, wurden sie festgenommen. Sie wurden in zweiter Instanz vom Landgericht Düsseldorf zu Geldstrafen auf Grund der Regierungs- und Polizeiverordnung vom 26. März 1900 verurteilt, welche gleich den vielen anderen Straßenpolizeiverordnungen den mit Strafe bedroht, welcher einer zur Erhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und öffentlichen politischen Anforderungen nicht unweigerlich Folge leistet. Daß es sich hier um eine solche Aufforderung handelte, entnahm das Gericht der Aussage des Schutzmännchen, daß in letzter Zeit mehrmals Anschuldigungen vorgekommen seien und er befürchtet habe, der Aufenthalt der Streikposten könne auch zu solchen führen. Wenn nun auch, so meinte das Gericht, die Angeklagten erst gefolgt und nach einer Viertelstunde bzw. einer halben Stunde wieder gekommen seien, so liege darin doch ein Ungehorsam im Sinne der Verordnung, denn die Aufforderung, die Straße vor der Fabrik zu verlassen, enthalte zugleich ein Verbot, binnen absehbarer Zeit, mindestens denselben Tag zurückzukehren.

Das Kammergericht, erster Strafenat, verwarf die hiergegen eingelegte Revision des Angeklagten, indem es sich ausdrücklich den folgenden Worten des Oberstaatsanwalts anschloß: Ob ein Ungehorsam gegenüber einer verkehrsrechtlichen Aufforderung vorliegt, wenn sie erst erfolgt wurde, der Betreffende dann aber wiederzukommen, das mußte Sache der tatsächlichen Feststellung in jedem einzelnen Falle bleiben. Ein Rechtsgrundlag lasse sich darüber nicht aufstellen. Jedenfalls könne man vorliegend sagen, daß die polizeiliche Aufforderung und das Wiederkommen der Angeklagten zeitlich so eng bei einander lagen, daß man von einem Ungehorsam sprechen könne.

Aus Schlesien und Posen.

In die schlesischen Bergarbeiter richten wir die bringende Mahnung, den Fortzug ins Ruhrgebiet zu verhindern. Wie schon gemeldet, hat die Eisenwerk-Kommission am 22. September in Essen beschlossen, in der Ruhrfrage Schritte zu unternehmen. Möglicherweise kommt es abermals zu einem großen Ruhrkampf, der durch neuen Zug sehr erschwert würde. Es ist bekannt, daß die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter fremde Arbeiter wieder in Massen anwerben wollen, damit dieselben im Ruhrgebiet als Streikbrecher Verwendung finden können. Im eigenen Interesse der schlesischen Bergarbeiter selbst liegt es, unsere nachdrückliche Warnung zu beachten, damit die ihren westdeutschen Kameraden gegenüber nicht zu Verdächtern werden. Bleibe jeder in seiner Heimat und helfe hier durch Beitritt zum Verbands bessere Verhältnisse schaffen.

Vom polnisch-deutschen Versöhnungsstrige. Massenprozesse sind in nächster Zeit aus Anlaß der Bewegung gegen den deutschen Religionsunterricht in der Ukraine zu erwarten. In Posen und Genuen erbitet der Staatsanwalt in der Aufforderung zur Teilnahme am Schulstreik eine Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Wegen einer großen Anzahl von polnischen Redakteuren und Redner, so wie gegen die Eltern der „unbesessenen“ Kinder ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die Verurteilungsbeweisung der Schuld, am laienrechtlichen Religionsunterricht zu

Bürgerliche Pressstimmen über Mannheim.

Die „rote Woche“ ist zu Ende, die die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Welt in Spannung hielt. Wir haben unsere Meinung über das Ergebnis des Parteitages bereits im gestrigen Leitartikel in kurzen, prägnanten Sätzen genügend zum Ausdruck gebracht.

Die nachfolgenden Pressstimmen sollen zeigen, wie sich in den Kreisen der Bürgerlichen das Resultat der „roten Woche“ malt. Wie leicht ersichtlich, interessiert die bürgerliche Presse, vornehmlich das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften und die Erledigung der Massenstreikfrage.

Die „Berliner Volkszeitung“ (demokratisch) beginnt ihre Ausführungen mit einer längeren Betrachtung der Kladderadatsch-Prophetezungen Debelts vor zehn Jahren, die sich immer mehr verflüchtigt hätten, um dann fortzufahren:

Start sind, wie angedeutet, die Gewerkschafter durch das, was der Partei grundsätzlich als bekämpfenswerter Prinzip und Objekt erscheint: durch ihren Besitz an Kapital. Vor dieser Nacht hat der Parteitag durch die Revision der Zensur Generalstreik-Beschlüsse ebenso gut seine Verbeugung gemacht, wie Debelts durch seine Rede vor den realen Machthabern des Reiches bis auf Messer und Gabel die kapitalistische Gegenwartsstaat.

Schulen ohne Gott.

Von Otto Kühle.

III.

Außer in Frankreich ist noch in anderen fortgeschrittenen Staaten der Religionsunterricht entweder gänzlich aus der Volksschule beseitigt, oder durch gesetzliche Bestimmungen wenigstens so geregelt, daß eine Befreiung der Schulkinder von der Teilnahme an ihm möglich ist.

tagen, so auch in Mannheim bei der preußisch-deutschen Reaktion aufrecht und warm bedanken.

Die „Welt am Montag“ (demokratisch angehaucht), verteilt Lob und Tadel wie folgt:

Ein Zug von Enttäuschung und Enttäuschung geht zweifellos durch Debelts Rede und durch die ganzen Debatten von Mannheim. Der rosenrote Optimismus von ehedem ist verfliegen, ernst und sorgenvoll blickt man in die Zukunft.

Für die Scharmacher gab es diesmal nur Enttäuschungen. Früher hatte man über den Eindruck, als ob manche Eigenheiten der Politik des neuen Kurzes auch auf die Leiter der Sozialdemokratie abgefärbt hätten: das Renommieren ohne Grund und ohne Heldentaten, das Brüllieren und Herausfordern Andersdenkender, die historische Art, die keinen Widerspruch duldet.

Zum Schluß heißt es optimistisch: Die Mäßigung, die auf dem Mannheimer Parteitag regierte, macht den Gruppen der bürgerlichen Linken, die ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion für unumgänglich notwendig zu einer gedeihlichen Entwicklung in Deutschland halten, ihre Arbeit für diesen Gedanken innerhalb der Bürgerlichkeit leichter.

Ob und inwieweit wir geneigt sein werden, mit der „Linken“ zusammenzugehen, hängt doch wohl weniger von uns ab. Die Vergangenheit der bürgerlichen „Linken“ hat uns bisher wenig oder gar keine verheißungsvolle Bürgerlichkeiten geboten, die uns zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Reaktion in der Zukunft geneigt machen möchten.

Die „Tägliche Rundschau“, ein Scharmacherorgan à la „Schlesische Zeitung“, gibt folgenden erheiterten Erguß zum besten:

Partei und Gewerkschaften haben sich, wohl auch mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen, notdürftig zusammengesunden, das Revolutionsprogramm ist rückwärts revidiert worden; warum aber das die bürgerliche Gesellschaft mit Entsetzen erfüllen soll, ist das Geheimnis des schmerzhaften Herrn Singer.

Jena zu seiner Gewaltpolitik, zu seinen Ausnahmemaßregeln, zu seinem Verlassen des gesetzmäßigen Bodens berufen lassen, weil sie sich ihrer Kraft und ihres guten Gewissens, das sich auf eine alle Länder der Welt hinter sich lassende wichtige operierende Sozialreform stützt, bewußt war. (??) Sie wird auch der neuen Phase in der Entwicklung der Sozialdemokratie in Ruhe entgegensehen können und hoffen dürfen, daß der Einfluß der Gewerkschaften die Sozialdemokratie von ihrer bloßen Negation alles Bestehenden ganz allmählich etwas abführt.

Es sei uns jetzt gestattet, den Genossen und Genossinnen einige Stimmen aus der bürgerlichen Presse von Breslau wiederzugeben, die sie ja vor allem interessieren werden.

Die „Breslauer Zeitung“, die sich seltsamerweise noch immer „liberal“ nennt, schreibt:

Bedeutungsvoll ist der Friede zu Mannheim vor allem, weil er aufräumt mit der Legende, daß die Gewerkschaften neutrale Organisationen sind. Auch die auf dem Parteitag in Jena im vorigen Jahre angenommene Massenstreik-Resolution forderte nur, daß jedes Klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft sich der Sozialdemokratie anzuschließen habe.

Wir freuen uns, einmal ausnahmsweise mit dem Scharmacher- und Denunziantenblättchen übereinstimmen zu können.

Gründlich verärgert ist die „Schlesische Volkszeitung“ von dem Ergebnis der „roten“ Woche. Sie schreibt:

Eine Komödie im wahren Sinne des Wortes war der rote Parteitag in Mannheim. Den höchsten Triumph feierte die Schauspielerei der Genossen in der Behandlung der Massenstreik- und Gewerkschaftsfrage. Dann laute aber das Interesse ab, der Schluß war sehr matt, die Bänke größtenteils leer.

Es steht den „Heiligen“ in der „Volkszeitung“ doch gut an, sich so außerordentlich um unser Seelenheil zu sorgen. Na, uns liegt auch nicht viel daran, in den Himmel zu kommen. Wir wollen auf Erden glücklich werden...

Land erfolgt; ja, Holland ist der erste Staat überhaupt gewesen, in dem konfessionslose Schulen eingeführt wurden. Bereits das Schulgesetz von 1806 sprach im Anschluß an die erfolgte Trennung von Staat und Kirche die Konfessionslosigkeit der Schule aus.

haben zur Genügeargetan, wie man den Einfluß des Pfaffenstums auf die Jugendbildung durch Synoden aus öffentlichen Mitteln an diese Musterschulen zu kräftigen und zu erweitern bemüht ist.

Am leidenschaftlichsten und erbittertesten ist um den Religionsunterricht in der Schule wohl in Belgien gekämpft worden. Dort war den Seßlichen durch das Schulgesetz von 1842 ein großer Einfluß auf die Schule gesichert; Religionsunterricht im streng orthodoxen Sinne war das erste und letzte Wort der ganzen Volksschulereziehung.

Der Miss-Moniteur muß sich anscheinend bei der katholischen Volkszeitung Nat geholt haben, wie und was er über Mannheim schreiben soll, denn nur mit anderen Worten kann man bei ihm lesen:

Ueber den matten Verlauf des sozialdemokratischen Parteitages in Mannheim, der die ganze verlassene Woche ausgefüllt hat, gehen sich auch die Genossen selbst keiner Täuschung hin. Es war tatsächlich ein recht schlechtes Wasserlein, in dem die sozialdemokratischen Größen dort nach Heringskisseln herumplätscherten. Wenn schon ein Bebel, der noch in Dresden das Messer seiner Kritik nicht schlüssig genug handhaben konnte, in Mannheim das Weinen und Stöhnen, die Desfretterei und Beschwichtigung für seine vornehmste Aufgabe halten konnte, so muß auch dem Mannheimer klar werden, daß die Obergewalt selbst die Sozialdemokratie der Gegenwart nicht mehr als den unabweislichen rocher de bronze an- und von sich selbst ablassen darf. Die sozialdemokratischen Parteien vergab gegangen, und daß einwöchentliche jede weitere Kraftprobe zu unterlassen ist. Kein Wort mehr gegen die Revisionisten, Veröhnung mit den Gewerkschaftlern in der Waffenfrage, ja das Eingeständnis gegenwärtiger Schwäche! Wer hätte das vom allen Bebel erwarteten können?

lassen wir das „arme Luder“, das ja früher selbst in Kirchen, Pfarrhöfen usw. zu seiner jetzigen „geistigen Größe“ gerechnet ist und wenden wir uns einer Stimme zu, die recht beachtliche Neußerungen zu tun wagt. Wir meinen die „Schlesische Zeitung“, die sonst in kalter Nüchternheit, bewußter Lügenhaftigkeit und „Vornehmheit“ gegenüber unseren Bestrebungen nicht genug zu strahlen weiß. Die „Staatsmänner“ der „Schles. Ztg.“ schreiben:

Der Mannheimer Parteitag stellt für die deutsche Sozialdemokratie eine der bedeutendsten Ereignisse dar. Die Regelung der Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften — das war die Aufgabe, die es diesmal zu lösen galt. Was sonst noch verhandelt worden ist, war im Vergleich zu ihr nur Nebenwerk. Schon seit Jahren lastete der Gegenstand zwischen den beiden Organisationen schwer auf der Sozialdemokratie: einen ausdrücklichen Ausspruch zu unternehmen aber scheute man sich auf beiden Seiten, hauptsächlich wohl in dem Gefühl, daß die Dinge noch zu sehr im Werden seien.

Man könnte dies eine Komödie zum Todlosen finden. In Wahrheit bedingt der Vorgang, daß unsere Sozialdemokraten weit politischer, um nicht zu sagen staatsmännlicher veranlagt sind, als man ihnen gemeinhin zutraut. Die Art, wie hier ein höchlicher und höchster innerer Instanz in die alten vernünftigen Ausgleichung eines tiefen Gegensatzes umgewandelt wurde, ist ein kostbares Merkmal. Für die Anwesenden hat es wenig Wert, darüber zu streiten, wer von den beiden Führern, Bebel oder Legien, den kürzeren gezogen habe. Es hat in der Tat weder Sieger noch Besiegte gegeben, beide Organisationen können aufleben sein. Die Gewerkschaftsorganisation erlangt die Anerkennung als tatsächlich gleichberechtigt mit der politischen Organisation. Der letzteren aber sind die bündigsten Versicherungen bezüglich des korrekten sozialdemokratischen Verhaltens der Gewerkschaftler in allen politischen Fragen gegeben worden. Es ist darum eine durchaus unbedingte Auffassung, daß fortan auch die politische Betätigung der Sozialdemokratie von den Gewerkschaften bestimmt sein werde. Weiter bleibt, wie auch Legien, dessen revolutionäre Befehlskräfte allen bürgerlichen Missionen recht angelegentlich empfohlen werden können, ausdrücklich anerkannt. Alles beim Alten — nur daß die deutsche Sozialdemokratie noch Mannheim ohne jede Phrase innerlich gefestigter besteht, als seit langer Zeit.

Wir werden vielleicht morgen noch einige bemerkenswerte Pressstimmen aus dem bürgerlichen Lager bringen und anschließend daran die Stimmen der wichtigsten Parteiblätter wiedergeben.

Partei-Angelegenheiten.

Die ungarischen Sozialisten. Die Präfektur von Budapest hat fordern den Minister des Innern einen Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratie im vergangenen Jahr abgeleitet, woraus hervorgeht, daß alle übrigen Parteien Ungarns zusammengenommen, nicht eine so bedeutende Tätigkeit entwickelten, wie die Sozialdemokratie allein. In Budapest wurden 623 öffentliche Versammlungen abgehalten und mehr als eine halbe Million Broschüren und Flugblätter verteilt. Des Organisations haben sich über 71,000 Mitglieder angeschlossen und die für die Propaganda verwendete Summe beträgt über 140,000 Kronen.

Der Sozialismus in Südamerika. Nirgends in der Welt kann die soziale Entwicklung so studiert werden, als in Südamerika, wo die Einwohner in rapidster Entwicklung von der Sklaverei zum Kapitalismus gelangt sind. Vor 40 Jahren war der Süden noch rein agrarisch und es gab nur eine wenig bewohnte Stadt, New Orleans. Die Farmer und Sklavenshaller verdrängten die Agrarier aus dem Staat. Seit 1861 ist alles verändert, Koffein, Eisen, Goldbergwerke sind im Gange, Fabriken jeder Art in regem Betriebe. Die ehemaligen Herrscher, die Farmer, sind für immer von der Bildfläche verschwunden und an ihrer Stelle steht der Kapitalist. Durch den Kapitalismus ist aber die ganze Arbeit zur

beit die von den Priestern während des Schuljahres gegründet, vom Staat nunmehr übernommenen konfessionellen Schulen an ihre Stelle gesetzt. 1902 erklärte Bebel, der Führer der katholischen Partei, daß seit 1884 nicht weniger als 1000 Gemeindefürsorge eingegangen, dagegen 1500 „angenehme“ Schulen anerkannt worden seien. Auf diese Weise ist in allen niederen Schulen Belgien der Religionsunterricht wieder eingeführt, doch werden nach Art. 4 des Gesetzes von 1875 die Kinder von der Verpflichtung, daran teilzunehmen, entbunden, wenn die Eltern ein entsprechendes Gesuch einreichen. Die Möglichkeit, ein Kind vom Religionsunterricht zu befreien, ist also ohne weiteres gesetzlich gewährleistet. Im übrigen ist allein die Geistesfreiheit bezüglich, den Religionsunterricht zu erteilen oder ihn unter ihrer Aufsicht durch einen Lehrer oder durch eine vom Gemeinderat gutgeheißene Person erteilen zu lassen; nur wenn die Zahl der Kinder der konfessionellen Kinderheit einer Schule weniger als 20 beträgt (weniger als 40 in zwei- oder mehrgliedrigen Schulen), hat die Geistesfreiheit kein Recht darauf. Es wird dem Lehrer sehr angeraten, sich in seinem Unterricht jedes Angriffes gegen die religiöse Erziehung der Familien, deren Kinder ihm anvertraut sind, zu enthalten.

In der Schweiz ist die Schule Angelegenheit der einzelnen Kantone. Doch bestimmt Art. 49 der Bundesverfassung, daß der Religionsunterricht erteilt werden. Der Inhaber der bürgerlichen oder vormaligen bürgerlichen Gewalt verfügt über die religiöse Erziehung der Kinder bis zum erfüllten 16. Lebensjahr. Nach Art. 7 ordnet an: „Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Konfessionen ohne Diskriminierung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden.“ Demnach ist der Besuch des Religionsunterrichts, soweit dieser an der öffentlichen Schule erteilt wird, in das Belieben der Eltern gestellt. In Art. 1 der Allgemeinen Bestimmungen, betreffend die Disziplinarverfahren, wird bestimmt, daß in denjenigen Fällen, wo die Kinder vom Religionsunterricht entzogen werden sollen, der betreffende Vater oder Pfleger zu Beginn des Schuljahres dem Präsidium der Bezirksgemeinde davon schriftliche Anzeige zu machen hat. „Als auch hier kein Zwang, sondern freie Entscheidung, ob religiöse Unterweisung oder nicht.“

geworben und Sklavenshaller und Sklave sind gleichermaßen in Proletariat gesunken. Die Entwicklung, zu der unsere alte Welt hinführt, gebraucht, vollzog sich hier so rasch, daß die Erde die Erde noch kaum zu fassen vermochte. Die sozialistische Bewegung ist daher im Süden und Ost Europa, doch sind die Arbeiter so viel besser gestellt, als vor 10 Jahren, daß sich die Reform in diesen Teilen, durch die gewerkschaftlichen Organisationen, fast verdoppelt haben. Immerhin ist der Süden die Bewegung der Reaktion und es vollzieht sich ein ähnlicher Prozeß, wie damals in Frankreich, als die Revolution der Arbeiterklasse die herrschende Klasse sich im Süden reorganisierte und von da aus ein neuer Kampf nach Paris unternahm. Die sozialistische Partei kann sich ihre besten Kräfte dazu verwenden, im Süden Propaganda zu machen und auf einen wirklichen Erfolg in der Sache zu rechnen, wenn aus den Gewerkschaften des Landes selbst neue Anhänger die Propaganda weiter tragen.

Der Sozialismus in Australien. Ein Genosse aus Melbourne schreibt: Die sozialistische Bewegung in Australien datiert seit dem Jahre 1890, wo ein Streik missglückte. Damals wählte sich ein Teil der Arbeiter von den Gewerkschaften ab und bildete den politischen Arbeiterklub. Er hatte zuerst keinen Schwerpunkt in den Städten, man sah aber bald ein, daß die Propaganda auf dem Lande unbedingt nötig war, wenn man Erfolg haben wollte. Es erschienen dann noch heute 82 Arbeitervereine und haben sich 60 auf dem Lande. Der Sozialismus in seiner radikalsten Form hat hier bei uns ein gutes Feld, die ärmste Klasse umfaßt 90 Prozent, obwohl sie erst seit wenigen Monaten besteht. Ein ausgezeichneter Agitator, Tom Man, steht an der Spitze und er bestrebt es, sich unter den Genossen und Gewerkschaften tüchtige Redner heranzubilden. Es ist uns schon möglich, bis zum nächsten Parteitag eine Anzahl von Arbeitern, die eine kooperative Unternehmung angefangen, z. B. Teehandel, deren Ertrag in die Propagandakasse fließt.

Die russische Revolution.

Von Marx zu Bismarck.

Peter Strube, der ehemalige Redakteur des ausländischen „Ostwestboten“, der Ideolog der bürgerlichen Intelligenz, bringt durch seine erneuerte Bekämpfung die Erdämlichkeit des russischen Liberalismus ins volle Licht. In den vier Jahren, als die marxistischen Ideen in Rußland auf größere Kreise einzuwirken begannen, trat Peter Strube als „legaler Marxist“ in der Literatur auf. Im Jahre 1898 wurde der erste Kongreß der russischen sozialdemokratischen Organisationen abgehalten; das von ihm herausgegebene „Manifest“ war von P. Strube verfaßt worden. Als Bernsteinianer, der sich in Rußland verbreitete, wurde Strube Bernsteinianer. Seit 1902 gab er bei Diez in Stuttgart, nachher in Paris, das „Ostwestboten“ heraus, das Organ des liberalen Konstitutionalismus. Mit der weiteren Entwicklung der russischen Bewegung entwickelte sich auch Strube allmählich zu einem Feinde der Sozialdemokratie. Am 20. Januar 1905, zwei Tage vor dem blutigen Sonntag, schrieb er: „In Rußland gibt es kein revolutionäres Volk.“ In der letzten Nummer des „Ostwestboten“, vor dem großen Oktoberstreik, griff er die Streikkräfte der revolutionären Parteien an. Nach dem Oktoberstreik nach Rußland zurückgekehrt, setzte er seine Kraft zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ein: er würde ein richtiger Sozialist sein. Seitdem ist er noch mehr in der Richtung abgewandert. Das aber, was er jetzt hervorbrachte hat, übertrifft alles vorherige.

Bestimmlich hat der Oktoberstreikführer Gutschkow die Feldtruppen und das von Stolypin mit diesen zusammengekauften liberalen Programm verberichtet. In dem „Rusland Wochenblatt“ (26. September) hat nun Strube zu der Frage Stellung genommen. Gutschkow, meint er, hat bloß auf Stolypin richtige Grundzüge falsch angewendet. Es ist sehr rühmend, ein liberaler Reformator zu sein, und sehr vernünftig, gegen die Gewalttaten der anarchoischen Elemente zu kämpfen. „Das eiserne Gesetz der Staatsaktivität“, sagt Gutschkow, verlangt für Rußland eine starke Regierungsgewalt. Ich bin mit ihm darin völlig einverstanden.“ Aber Gutschkow hat nicht bedacht, daß Stolypin wirklich ein liberaler Reformator sei und daß er auf vernünftige Weise die Gewalttäter bekämpfe. „Stolypin ist ein unglücklicher Mensch.“ Er ist dem Einfluß dunkler Kräfte anheimgefallen. Die offizielle Presse hat gedroht: die Regierung solle den Terroristen nachahmen. Und die Regierung ist zu der Nachahmung des revolutionären Terrorismus gesunken.“ Die Feldtruppen sind keine Justiz, sondern Rache; sie sind ein Zeichen der Schwäche der Regierung. Gleichzeitig verleiht sie das Recht, nämlich die Grundgesetze vom April. Eine starke Regierung soll Rußlands Niederkämpfung auf der Grundlage des Rechts durchzuführen.

Als Muster eines starken Staatslenkers wird von Strube der erste Staatsmann Bismarck hingestellt. Bismarck habe keine unkontrollierbaren Einflüsse. Eine starke Regierungsgewalt ist nach allen Seiten hin in der Verwirklichung der großen nationalen Aufgaben unumgänglich. In unserer kurzen konstitutionellen Geschichte haben wir eine starke Regierungsgewalt noch nicht kennen gelernt.“ Bei dem großen Aufsehen, das Strube auch im Auslande genießt, verdienen diese Ausstellungen volle Aufmerksamkeit. Dieser frühere Marxist ist für eine volksfeindliche Politik der rechten Hand. Er wünscht für Rußland einen neuen Bismarck. Er können daraus ersehen, was wir von den Liberalen zu erwarten haben, wenn sie zur Macht gelangen und nach ihren jetzigen schönen Phrasen zur Tat übergehen.

Das Schlesien und Polen.

Die tägliche Herausgabe der „Gazeta Robotnicza“ in Katowitz, des Organs unserer polnischen Genossen, wurde auf dem deutschen Parteitage verhandelt und der bezügliche Antrag der ober-schlesischen Genossen dem deutschen Parteivorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Die Berichtserstattung über diesen Punkt war sehr beschränkt. Dem Interesse unserer ober-schlesischen Genossen an dieser Frage kommen wir entgegen, indem wir heute die Reden der beiden ober-schlesischen Parteitagdelegierten, die sich zu diesem Punkte äußerten, nach dem Parteitagsprotokoll wiedergeben. Genosse Julius Bruns führte danach folgendes aus:

Der Antrag 33 fordert vom Parteitag die Ermächtigung für den Parteivorstand, die Mittel zur täglichen Herausgabe der jetzt zweimal wöchentlich in kleinem Format erscheinenden polnischen sozialdemokratischen „Gazeta Robotnicza“ herzugeben. Dieser Antrag kommt von den deutschen Genossen Ober-schlesiens und ist in allen Ecken einstimmig angenommen. Die es bedingt, welche Bedeutung die deutschen Genossen dieser Vorstandsfrage beilegen. Wir wissen sehr wohl, daß wir damit außerordentlich große Mittel der Gesamtpartei beanspruchen, aber die Verantwortlichkeit zwingen uns zu dieser Ungehörigkeit. Die beiden ober-schlesischen Reichstagsdelegierten haben gezeigt, daß die zu 90 Prozent polnische Arbeiterbevölkerung in Westgalizien die Unterstützung und Erleichterung, die in der letzten Sitzung der Parteivorstand gegeben hat, bei der nationalen Bewegung zu unterstützen, die Politik der Partei zu unterstützen, hat die nationalen Interessen der Arbeiterklasse zu unterstützen, die Arbeiterklasse zu unterstützen, und ein gewandtes nationales Demagogentum wird diese Situation auszunutzen. Es kommt dem höchsten notwendigen Interesse der Arbeiterklasse entgegen, indem es sich als die Vertreterin nicht nur der nationalen, sondern auch der besonderen Arbeiterinteressen dar-

stellen will. Im Grunde sind diese beiden schlesischen polnischen Parteitagdelegierten durchaus reaktionär, trotz des laienhaftigen demokratischen Mantels, beneidete um Angen. Uns Sozialdemokraten hoffen sie als gefährliche Konkurrenten in der Welt der Arbeiter und so verbunden uns in der politischen Welt, obwohl sie wissen, daß bei diesen beiden die Partei erst dann ihr Recht werden wird, wenn die Sozialdemokratie die politische Macht erobert hat. (Zustimmung.) Die Mittel zur finanziellen Unterstützung unserer Bestrebungen bietet den Polen ihre weitverbreitete Presse. Im ober-schlesischen Industriebezirk erscheinen nicht weniger als fünf national-polnische Blätter, drei davon täglich, zwei dreimal wöchentlich. Wenn nicht das ober-schlesische Zentrum von den Polen abgelehrt, diese Mittel ersparen sie uns. In den Polen aber ist uns ein viel gefährlicherer Gegner entstanden, den wir sehr zu fürchten müssen und dazu ist die gute Presse das beste Mittel. Ober-schlesien ist ein Land unbedingter politischer Abhängigkeit. Das Wort ist dort noch sehr der Kirche zugehörig, aber es ist trotzdem inständig, richtiger vielleicht reaktionär gelehrt. Schauen Sie auf den Brief an unseren Parteivorstande russisch-polnischen Tribünebeizier. Die dortige Parteivorstande Beschränkung ist ebenso wenig wie unsere, aber dort loben die revolutionären Flammen doch empör. Dort werden steht das Arbeitervolk am 1. Mai in Scharen mit der roten Fahne hinaus, aber auf diese Fahne ist ein weißes Kreuz gezeichnet und mit dieser Fahne zieht man zunächst in die Straße, um sie vom Waffens zu lassen. Welche hohe politische Bedeutung die Erhebung des gewaltigen ober-schlesischen Industriebezirks für die Sozialdemokraten von jetzt hat, brauche ich hier nicht zu sagen. Wohl aber will ich hinweisen auf die in nächster Zukunft noch vielfach wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Bezirks. Wenn in Rußland die Revolution festgesetzt haben wird, wird Rußland sich auch wirtschaftlich ungeheuer entwickeln. Das aber wird von gewaltigem Einfluß auch auf den ober-schlesischen Industriebezirk sein. Kann und darf da das ober-schlesische Gebiet bleiben, was es jetzt noch ist, eine untergeordnete Zone von Rußland? Das ist noch nicht, noch ein Hinweis auf die vollkommene Einigkeit mit unseren polnischen Genossen. Wir haben in Ober-schlesien allerorts erkannt, daß die großen Aufgaben dort nur in enger, gemeinsamer Arbeit erfüllt können. Wenn Sie die tägliche Herausgabe des „Gazeta Robotnicza“, dann geben Sie damit den polnischen Genossen eine schnelle Waffe in die Hand, die diese führen werden im Kampfe für die gemeinsame Sache. Sie geben ihnen aber damit zugleich einen Hinweis für die Wirksamkeit, die unser aller Besten erfüllen soll. Sie drücken das Siegel auf den neugegründeten Bund der polnischen und deutschen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die ober-schlesische Industriebezirk ist nach dem Kundereiter der größte. Die Arbeiterklasse dort ist so ausgebildet, wie in keinem anderen Bezirke Deutschlands. Die 150,000 Arbeiter der Industrie haben im vorigen Jahre für 582 Millionen Mark Werte geschaffen, während sie an Lohn nur 143 Millionen Mark erhalten; aber nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter beuten sie aus. Die ober-schlesischen Arbeiter sind den Forderungen des Sozialismus sehr wohl zugänglich, und dazu soll der Ausbau des Landes dienen. Wir müssen auch diesen Genossen die Möglichkeit geben, mitzukämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Notwendigkeit einer täglich erscheinenden polnischen Zeitung liegt auf der Hand (Beifall.)

Wahlstatistik der Ergebnisse.

Die Bevölkerungsziffern betragen nach dem endgültigen Ergebnis der Zählung vom 1. Dezember 1905 für Schlesien:

Gesamt	Religionsbekenntnis.				Dauerhafte Wohnbevölkerung	
	Evangel.	Kathol.	Juden	Anderer Chrif. ufw.		
Schlesien . . .	4,042,811	2,120,861	2,765,894	46,845	10,011	55,569
Reg.-Bez. Breslau . . .	1,778,869	1,018,196	727,121	28,546	5,006	15,590
Reg.-Bez. Oppeln . . .	1,123,141	924,050	200,808	3,860	4,418	10,894
Reg.-Bez. Glatz . . .	2,085,801	1,78,108	1,887,465	19,439	592	12,085
Landkreise:						
Waldenburg . . .	33,870	17,905	15,779	178	8	188
Waldenburg . . .	46,904	27,929	18,885	193	7	4
Waldenburg . . .	64,107	52,180	11,605	326	46	1,809
Waldenburg . . .	51,580	39,238	12,147	111	25	3
Waldenburg . . .	47,887	37,476	10,217	168	81	560
Waldenburg . . .	32,801	25,271	7,402	117	11	8
Waldenburg . . .	38,169	17,938	5,168	56	9	4
Waldenburg . . .	42,831	29,126	13,935	104	67	78
Waldenburg . . .	65,991	30,885	24,905	124	77	11
Waldenburg . . .	90,967	57,128	38,654	99	93	11
Waldenburg . . .	64,877	31,852	32,998	88	44	684
Waldenburg . . .	65,247	59,884	19,788	411	184	2,464
Waldenburg . . .	35,384	28,662	6,612	71	39	4
Waldenburg . . .	29,152	23,107	6,014	8	23	—
Waldenburg . . .	32,346	7,026	25,247	72	1	24
Waldenburg . . .	45,615	9,532	35,993	51	39	15
Waldenburg . . .	71,536	48,459	22,110	101	872	8
Waldenburg . . .	72,144	44,586	26,902	91	261	—
Waldenburg . . .	43,768	27,886	15,841	105	136	24
Waldenburg . . .	161,009	106,769	53,922	276	636	17
Waldenburg . . .	68,406	5,328	57,856	207	16	1,827
Waldenburg . . .	49,658	2,844	47,220	16	75	5
Waldenburg . . .	57,519	2,087	55,323	65	44	68
Waldenburg . . .	66,351	46,347	9,858	198	250	9
Waldenburg . . .	54,282	44,988	9,853	128	238	26
Waldenburg . . .	57,439	47,283	9,381	121	112	389
Waldenburg . . .	39,065	33,449	6,087	80	19	695
Waldenburg . . .	78,675	50,071	21,390	670	924	6,488
Waldenburg . . .	81,808	28,074	9,718	45	98	684
Waldenburg . . .	68,604	58,085	10,159	181	280	11
Waldenburg . . .	60,925	48,817	4,888	129	44	10
Waldenburg . . .	41,671	36,761	4,869	17	35	46
Waldenburg . . .	35,329	26,880	10,080	80	59	1,308
Waldenburg . . .	30,237	20,946	4,282	17	12	9
Waldenburg . . .	29,269	24,010	5,184	11	80	4
Waldenburg . . .	59,010	28,977	29,533	120	75	6
Waldenburg . . .	62,474	46,888	15,417	409	195	674
Waldenburg . . .	61,393	44,925	16,148	87	88	7
Waldenburg . . .	71,718	62,244	9,136	66	189	581
Waldenburg . . .	66,142	64,701	3,859	10	79	1
Waldenburg . . .	68,304	60,184	4,088	48	949	25
Waldenburg . . .	89,160	84,378	4,808	7	19	7
Waldenburg . . .	46,910	38,598	18,802	509	7	148
Waldenburg . . .	60,417	5,320	44,299	293	5	4
Waldenburg . . .	110,354	10,786	99,281	281	16	4
Waldenburg . . .	72,300	2,951	69,898	578	—	7
Waldenburg . . .	45,338	1,870	45,808	8	8	3
Waldenburg . . .	78,396	1,501	74,786	407	2	3
Waldenburg . . .	69,296	3,888	68,214	687	—	4
Waldenburg . . .	108,308	6,545	100,599	734	5	6
Waldenburg . . .	129,847	8,875	129,321	1,287	14	3
Waldenburg . . .	128,497	9,846	118,978	1,780	8	8
Waldenburg . . .	118,848	9,827	108,771	875	10	181
Waldenburg . . .	108,449	4,233	104,990	814	7	26
Waldenburg . . .	119,924	1,238	118,488	198	3	128
Waldenburg . . .	78,759	3,281	70,030	198	285	1,215
Waldenburg . . .	84,728	7,222	78,158	304	3	589
Waldenburg . . .	98,958	7,536	91,085	238	89	685
Waldenburg . . .	84,088	10,708	71,858	81	1	52
Waldenburg . . .	101,028	7,457	93,205	354	7	3,509
Waldenburg . . .	40,222	2,451	38,121	68	2	297